Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

143 (25.5.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in unsr. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 22.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 25.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 25.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 25. monatlich. Einzelverkauf 1.— Mk.
Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.
Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Jobst; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Pankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 143. — Donnerstag, den 25. Mai 1922 — Erstes Blatt.

Des Himmelfahrtsfestes wegen kommt die nächste Nummer unseres Blattes Freitag mittag zur Ausgabe.

Anzeigen-Annahme für diese Nummer erfolgt bis spätestens Freitag, 8 Uhr vormittags.

Die Verhandlungen in Paris

Am 13. Mai ist Reichsfinanzminister Dr. Hermes in Paris eingetroffen. Ueber den Zweck seiner Reise wurde damals in der Oeffentlichkeit, aber nicht von amtlicher Seite, erklärt, Hermes beabsichtige in seinen Verhandlungen mit der Reparationskommission nicht nur darüber zu sprechen, wie man sich über die am 31. Mai fälligen Forderungen (60 Milliarden neue Steuern und Einrichtung einer Finanzkontrolle) einigen könne, er plane, auch darüber Verhandlungen aufzunehmen, wie man überhaupt für die nächsten Jahre neue Komplikationen eventuell durch eine große internationale Anleihe verhindern könne. Die Verhandlungen haben am 15. Mai begonnen, sie drehten sich um Vorschläge, die Dr. Hermes mitgebracht hatte. Ueber den Inhalt dieser Vorschläge ist genaues nichts bekannt geworden. Von amtlicher französischer Seite wurde nur erklärt, daß Dr. Hermers neue Vorschläge aus Berlin einhole, daraus konnte man schließen, daß seine ersten Vorschläge nicht gefallen haben.

Mittlerweile ist die Reichsregierung aus Genua zurückgekehrt und hat sich sofort eingehend mit den Verhandlungen in Paris beschäftigt. Auch die Parteiführer wurden zu Rate gezogen. Wie man aus Berichten meist gut informierter Blätter schließen kann, scheinen gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen Hermes in Paris und zwischen der Reichsregierung in Berlin zu bestehen. Einige Blätter haben behauptet, es sei eine Einigung in der Reparationsangelegenheit erzielt worden. Die Nachricht ist wohl so auszulegen, daß in Paris zwischen Hermes und der Gegenseite eine Aussicht auf Verständigung erreicht ist, daß aber das Wort Einigung nicht auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen Hermes und den Ministern in Berlin zu beziehen ist.

Ob die Reichsregierung in Berlin und die Parteien sich einverstanden erklären mit den Bedingungen, unter denen Dr. Hermes in Paris eine Aussicht auf Verständigung erzielt hat, ist noch unbekannt. Am Dienstag abend hat die Reichsregierung neue Instruktionen an Dr. Hermes nach Paris abgeschickt. Ueber diese Instruktion ist ein Einvernehmen in Berlin erzielt worden, über den Inhalt ist nichts bekannt. Wenn die Pariser Blätter die Vorschläge von Dr. Hermes als nicht ungünstig bezeichnen, so sind diese Nachrichten offenbar an die Adresse der Reichsregierung in Berlin gerichtet.

Berlin, 24. Mai. Das Reichskabinett trat heute nachmittag wieder zusammen, um die gestern abend abgebrochenen Beratungen fortzusetzen.

Gerüchte von einer Regierungskrise.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Von ausländischer wie von inländischer Seite werden in den letzten Tagen Anstrengungen gemacht, um durch Lancierung von Nachrichten über angeblich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Regierung die Stellung des Kabinetts Wirth zu erschüttern. Geflissentlich z. B. meldet die in Paris erscheinende „Chicago Tribune", „die Einigung zwischen Hermes und der Reparationskommission sei erfolgt". Unkontrollierbare Meldungen wollen wissen, daß Dr. Hermes dem Wunsch der Reparationskommission erheblich entgegengekommen sei. Es liegt auf der Hand, daß durch diese Meldungen die deutsche Oeffentlichkeit mißtrauisch gemacht werden soll. Gewisse deutsche Nachrichtenorgane wissen denn auch in geschäftigem Eifer ergänzend zu berichten, daß es sich bei der Nachgiebigkeit des deutschen Finanzministers besonders um die Frage der neuen Steuern gehandelt habe. Man versichert, daß die Reparationskommission an ihrem Standpunkt festhielt, daß Deutschland in der Lage sei, wenn auch vielleicht nicht die ursprünglich geforderten 60 Milliarden, so doch mehr an Steuern aufzubringen als bisher. Dr. Hermes habe insofern nachgegeben, als er erklärt habe, unter gewissen Umständen und bei äußerster Anspannung aller Kräfte könnte doch eine Steigerung der Steuereinnahmen eventuell herbeigeführt werden. Es soll sich dabei vornehmlich um die Erhöhung einiger indirekter Steuern und verschiedener Zollsätze handeln. Die Gerüchtemacher setzen diesen Kombinationen die Krone auf, indem sie gestern nachmittag durch die Dena folgendes verkünden ließen:

Seit zwei Tagen ist in aller Stille eine Kabinettskrise entstanden, diese habe schon vorgestern abend eine vorläufige Lösung dadurch erfahren, daß der Reichskanzler Dr. Wirth seinen Rücktritt bis zur persönlichen Berichterstattung durch Minister Hermes also bis morgen abend verschoben hat. Zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister Hermes ist eine schwere tiefgehende Differenz entstanden.

Des ferneren weiß die „Dena" zu berichten, daß Dr. Hermes in seiner Schwäche der Reparationskommission Zugeständnisse auf Steuern gemacht habe, die den Reichskanzler veranlaßt hätten, in einer Kabinettssitzung die Desavouierung des Ministers Dr. Hermes zu verlangen. Dieses Verlangen sei von der Mehrheit der Kabinettsmitglieder abgelehnt worden, worauf Dr. Hermes seine Demission angekündigt habe.

Zunächst sind wir in der Lage mitzuteilen, daß die Behauptung, Dr. Wirth habe dem Kabinett seinen Rücktritt angeboten, nicht den Tatsachen entspricht. Was alle übrigen Gerüchte über die Einzelheiten der angeblichen Differenzen anbetrifft, so ist die Regierung noch nicht in der Lage, darauf einzugehen, da eine offizielle Erörterung dieser Dinge eine Stellungnahme zu den Pariser Reparationsverhandlungen selbst bedeuten würde, und eine solche Stellungnahme ist solange unmöglich, wie das Schweigegebot für die deutsche und französische Regierung betr. der Reparationsverhandungen besteht. Sind hie und da Meinungsverschiedenheiten vorhanden, so besteht doch kein Anlaß zur Befürchtung, daß sie etwa die in jenen Gerüchten geschilderten Konsequenzen haben.

Reichswirtschaftsminister Schmidt über Genua.

Berlin, 24. Mai. (Drahtber.). Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages gab Reichswirtschaftsminister Schmidt einen eingehenden Ueberblick über die Verhandlungen der Wirtschaftskommission auf der Genueser Konferenz. Nachdem er auf die Bedeutung dieser Verhandlungen hingewiesen hatte, führte er aus, daß unter der gegenwärtigen Wirtschaftslage besonders die Industrieländer zu leiden haben, während die südosteuropäischen Agrarstaaten in ihrem Wirtschaftsleben als gesund bezeichnet werden. Aus diesem Grunde sei auch nur die Aggressivität der französisch. Politik zu erklären, da Frankreich verhältnismäßig wenig von der Wirtschaft anderer Länder abhänge. Ausführlich legte der Minister die Lage in Rußland dar, das nur mit Hilfe der Westmächte wieder hoch kommen kann. Er sagte, um solches zu erreichen, müssen auf industriellem und agrarpolitischem Gebiete Konzessionen gemacht werden. Der Minister ging dann auf die einzelnen Probleme der Wirtschaftskommission in Genua ein und führte u. a. aus, daß grundsätzliches Einverständnis darüber geherrscht habe, daß der Wirtschaftskrieg schädlich sei. Ebenfalls sei auf der Genueser Konferenz die einseitige Meistbegünstigungsklausel des Versailler Vertrages als das Hauptübel von der überwältigenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer insbesondere England anerkannt worden. Allseits seien Handelsverträge mit allgemeiner Meistbegünstigung gefordert worden. Zum Schluß sprach der Minister über das Dumping und die Probleme des internationalen Wirtschaftsrechts und betonte dann, daß die Beschlüsse der Genueser Konferenz eine überaus wertvolle Grundlage für das Abschließen von Handelsverträgen zwischen Deutschland und anderen europäischen Staaten sei, besonders auch für den Wiedereintritt Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Wirtschaft.

Eine Konferenz der Vertreter der Preisprüfungsstellen.

Dresden, 24. Mai. (Drahtber.). Die Vertreter der Landes-, Provinz- und Bezirkspreisprüfungsstellen haben unter Beteiligung der Reichs- und vieler Landesbehörden und unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministeriums am 23. und 24. Mai eine Konferenz in Dresden abgehalten. Die derzeitigen schwankenden wirtschaftlichen Verhältnisse führten zu einer Aussprache, in der die immer schwerer gewordene Aufgabe, unlautere Preisgebarung von angemessener zu scheiden, aber auch der feste Wille, sich ihr im Interesse der Volksgesundheit zu unterziehen, nötigenfalls unter Abänderung der bestehenden Gesetzesbestimmungen zum Ausdruck kam. Sie fand ihren Niederschlag in einer Resolution, in der es u. a. heißt: Eine Abänderung der Preistreibereiverordnung erscheint zur Zeit nicht wünschenswert. Die gegenwärtige Fassung der Verordnung ermöglicht es, dem Interesse der gesamten Wirtschaft in vollem Umfange Rechnung zu tragen. Eine etwaige Abänderung hätte sich auf die Verfügung einer Bestimmung zu beschränken, die zum Ausdruck bringt, daß Preiswucher nicht vorliegt, wenn der Preis der Marktlage, insbesondere den unter amtlicher Mitwirkung bekannt gemachten Börsen- und Marktpreisen entspricht, sofern nicht durch Warenmangel oder erhebliche Schwierigkeiten Waren in den Markt zu bringen oder durch unlautere Machenschaften eine Notlage geschaffen ist. Für den Fall der Notmarktlage und in den Fällen, in denen sich eine Marktlage der Natur der Ware nach nicht bilden kann, bleibt es bei dem Grundsatz der Preisberechnung nach den individuellen Gestehungsverhältnissen unter angemessener Berücksichtigung der zwischen Einkaufszeit und Verkaufszeit eingetretenen Geldentwertung.

✣

Die Arbeiten des Reichstags.

b. Berlin, 24. Mai. (Eig. Drahtber.) Die letzten Sitzungen des Reichstages vor der Pfingstpause werden mit Arbeit reichlich angefüllt sein. Im Anschluß an die bereits bekannten Beschlüsse des Aeltestenrates hat Präsident Loebe zu Beginn der heutigen Sitzung dem Hause nähere Mitteilung darüber gemacht, wie man sich die Erledigung dieser Arbeiten denkt. Am Freitag und Samstag soll die Sitzung erst nachmittags beginnen, damit vorher der auswärtige Ausschuß zu den großen politischen Fragen Stellung nehmen kann, besonders auch zu dem deutsch-polnischen Abkommen von Genf. An diesen beiden Tagen soll die zweite Beratung der Etats zu Ende geführt werden. Am Montag der nächsten Woche soll dann die große politische Aussprache beginnen, die man in zwei Tagen zu erledigen hofft, und am Mittwoch glaubt man, den gesamten Etat in dritter Lesung bewältigen zu können. Dieses Arbeitsprogramm zeugt allerdings von einem Optimismus, der sich von den bisherigen Erfahrungen über die Leistungsfähigkeit des Reichstages erheblich entfernt, und auch Präsident Loebe knüpft an seine Mitteilung die eindringliche Bitte, ihn bei der Erledigung dieses Programms zu unterstützen und sich möglichste Beschränkung in den Debattereden aufzuerlegen.

Die neue Regierung in Braunschweig.

Braunschweig, 24. Mai. In der gestrigen Sitzung des Landtages hatte die Fraktion der U. S. P. D. einen Antrag auf Auflösung des Landtages und Vornahme von Neuwahlen eingereicht. Dieser Antrag wurde mit 33 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Es folgte die Wahl einer neuen Regierung. In namentlicher Abstimmung wurden gewählt: die Abgeordneten Dr. Jasper (S. P. D.), Vorsitz; Steinbrecher (S. P. D.), Arbeit; Rönneburg (Dem.), Inneres; Käser (D.Vp.), Unterricht.

Die Fraktion des Landwahlverbandes im Braunschweiger Landtag hat sich in eine Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei mit 8 Abgeordneten und in eine Fraktion der Deutschen Volkspartei mit 15 Abgeordneten umgruppiert.

Kein Zoll auf Zucker.

w. Berlin, 24. Mai. (Drahtber.) Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm eine Entschließung an, in der er sich einstimmig dagegen erklärt, daß für einzuführenden Zucker Zölle zu erheben sind. Der Vertreter des Reichsernährungsministeriums erklärte, daß die Regierung die Erhebung von Zöllen auch nicht beabsichtige.

Belgische Urteile über den deutsch-russischen Vertrag.

Brüssel, 24. Mai. Im belgischen Parlament berichtete der Minister des Aeußern, Jaspar, über den Verlauf der Genueser Konferenz. Er behauptete, der Vertrag von Rapallo habe dem Erfolg der Konferenz den schwersten Schlag versetzt.

Rumäniens Angst vor einem Angriff.

Paris, 24. Mai. (Drahtbericht.) Nach dem „Journal" hat der rumänische Ministerpräsident Bratianu sich vor seiner Abreise aus Genua bemüht, das rumänisch-polnische Abkommen und die Abmachungen der Kleinen Entente in ein Defensiv-Bündnis umzuwandeln. Dann sei er nach Paris gekommen, um Marschall Foch zu Rate zu ziehen und der französischen Regierung die Frage zu stellen, was Frankreich tun würde, wenn Rumänien angegriffen würde. Bratianu habe den Rat erhalten, vorsichtig zu sein und die Rechte Rumäniens unbedingt zu wahren. Es sei ihm aber auch gesagt worden, daß Frankreich die Solidarität mit seinen östlichen Verbündeten nicht aus dem Auge verliere. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Osten bilde einen Bestandteil des französischen Sicherheitsprogramms.

Schweres Unglück bei einem Flottenmanöver.

Berlin, 24. Mai. (Drahtber.) In der Nacht zum 24. Mai hat in der Nähe von Saßnitz bei einem Nachtmanöver unserer Schiffe und Torpedoboote ein Zusammenstoß zwischen dem Linienschiff „Hannover" und dem Torpedoboot S 18 stattgefunden. Das Torpedoboot wurde am Bug beschädigt und ist nach Saßnitz eingelaufen. In treuer Pflichterfüllung haben bei dem Zusammenstoß fünf Torpedomatrosen und fünf Torpedoheizer den Tod gefunden.

Deutsche Industrie und Weltwirtschaft.

Der Reichsverband der deutschen Industrie, in dem der größte Teil der deutschen Industriellen organisiert ist, hielt dieser Tage in Hamburg seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Das Hauptthema der Hamburger Tagung waren Fragen der Weltwirtschaft. Denn nachdem die Umstellung vom Krieg zur Friedenswirtschaft durchgeführt, nachdem auch der innere Aufbau ein gut Stück vorwärts gebracht ist, gilt es als dritte Aufgabe, Wege zu finden, um Deutschlands alte Stellung in der Weltwirtschaft zu erobern und zu festigen.

Der Präsident des Reichsverbandes Dr. Sorge

eröffnete die Tagung am Montag vormittag in dem großen Festsaal des Hamburger Rathauses. In seiner Eröffnungsrede erklärte er u. a.: Die Hoffnung, daß die Konferenz von Genua eine erfolgreiche Wirtschaftskonferenz sein werde, hat sich nicht erfüllt, sie ist in der Hauptsache eine politische Konferenz geworden. Es folgt seit Jahren eine Konferenz der andern, viele Reden werden gewechselt, aber nur sehr wenig Früchte hat dieser öde Weg der Konferenzen uns bisher eingebracht. In den letzten Monaten sind manche Hoffnungen enttäuscht worden, ein grundlegender Fortschritt der Gesundung ist im ganzen nicht erzielt worden, trotzdem kann man sagen, es scheint, daß sich eine Aenderung der Denkweise der Welt gegenüber Deutschland anbahnt, und teilweise schon eingetreten ist.

Der deutsch-russische Vertrag ist zu begrüßen. Eine Hauptaufgabe des Reichsverbandes ist, wieder Grundlagen einer richtigen Kalkulation für Kaufmann und Unternehmer zu schaffen. Heute ist an Stelle von Kalkulation Spekulation getreten. An der Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer muß festgehalten werden, diese Arbeitsgemeinschaft ist Voraussetzung für den gedeihlichen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Es scheint, als ob auf den regen Geschäftsgang der letzten Zeit eine Stockung folgt. Die Kaufkraft des innern Marktes mag den außerordentlich gesteigerten Preisen nicht mehr zu folgen, im Exportgeschäft sind manche günstige Umstände geschwunden. Die Erreichung der Weltmarktpreise in Deutschland wird Industrie und Handel vor die allerschwersten Fragen stellen.

Wenn die deutsche Industrie mit Weltmarktpreisen rechnen und konkurieren muß, dann erst werden viel erkennen, daß wir ein Land mit sehr hohen Produktionskosten geworden sind. Sehr fraglich ist es mir, ob dann Deutschland weiter wie bisher 60 % seiner produktiven Kräfte nutzbar machen kann, ob wir uns weiterhin den Luxus des allgemeinen Feierabends am frühen Nachmittag werden leisten können, und den Luxus eines Beamtenheeres, das heute größer ist, als in den Zeiten höchster wirtschaftlicher Blüte. Die Männer der Praxis dürfen es in Zukunft nicht mehr den Männern in der Regierung und in den Parlamenten allein überlassen, für die allgemeinen Interessen der deutschen Wirtschaft zu sorgen, sie müssen selber mitarbeiten an der Vorbereitung und Beratung der Gesetze, an der Leitung des Staates, an der Erziehung des Volkes zu politischen und wirtschaftlichem Verständnis.

Im weiteren Verlauf der Tagung sprach das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes Geh. Rat Dr. Bücher über die jüngste

Entwicklung der internationalen Wirtschaftslage

und über die Folgerungen aus der Genueser Konferenz. Die in Genua gefaßten Beschlüsse der Kommission könnten die aktuelle Not nicht beseitigen; auch wenn es in der russischen Frage zu einer Einigung gekommen wäre, so wäre dadurch die aktuelle Not in der europäischen Wirtschaft nicht gemildert worden. Der Wert des deutsch-russischen Vertrages liege darin, daß er einen Strich unter die Vergangenheit macht. Eine Gesundung Europas ohne aktive Beteiligung Amerikas sei unmöglich. Die Folge des Weltkrieges war, daß Europa den wesentlichen Teil seiner Ersparnisse der letzten fünfzig Jahre in der Kriegs- und Nachkriegszeit an Amerika abgeführt hat. Wenn Amerika sich nicht an dem Wiederaufbau Europas beteilige, so werde die Verarmung Europas zu einer Dauererscheinung werden, die Produktionskraft Europas wird noch weiter lahmgelegt. Auch die Kultur Europas wird allmählich zerfallen und die Führung in der Welt wird an Amerika übergehen.

Max Warburg, der bekannte Hamburger Bankier, der von der deutschen Regierung als Sachverständiger in Finanzfragen sehr geschätzt wird, sprach über

Deutsche und internationale Finanzprobleme

in ihrer Bedeutung für die deutsche Industrie. Er forderte die Zusammenarbeit von Politikern und wirtschaftlichen Sachverständigen. Die Mark sei infolge ihrer Wertschwankungen nicht mehr

brauchbar als Wertmesser. Aber es müsse doch vorläufig alles vermieden werden, was die deutsche Mark noch mehr diskreditiere.

Solange wir mit außenpolitischen Zahlungen überlastet seien, sei es unmöglich, irgendeine stabile Valuta zu schaffen, und die Schaffung einer zweiten Währung würde die größte Verwirrung hervorrufen. Der Staat müsse aber auch die Maßnahmen vermeiden, die dazu führen, die Auslands-Valuten im inneren Verkehr einzubürgern. Wie auch die Währung sich zukünftig gestalte, wir müßten uns auf eine große Geldknappheit einstellen. Oesterreich und Rußland zeigen, wie knapp Geld selbst in Ländern mit äußerst gesteigerter Inflation werden kann. Aus den Fehlern der übrigen Länder in den letzten Jahren müssen wir lernen. Auch bei uns sei in den letzten Jahren scheinbar ungeheuer viel Geld verdient worden, und das Gründungsfieber sei noch nicht zu Ende. Die Warnungssignale vor dem teuren Gelde müssen uns möglichst vor neuen Gründungen bewahren, und wir müssen uns mehr darauf einstellen, die vorhandenen Unternehmungen so zu kräftigen, daß sie auch in schwierigen Zeiten lebensfähig bleiben. Bis zu einem gewissen Grade lasse sich die Geldknappheit dadurch bekämpfen, daß der Barverkehr wieder mehr durch den Wechselverkehr ersetzt werde. Viele Kreditnöte könnten gemildert werden, wenn der Käufer seinem Lieferanten bei der Inanspruchnahme eines Zieles wieder ein Akzept gibt, anstatt offenes Buchziel zu verlangen. Der deutschen Industrie gegenüber würden sich für das Ausland sowohl der Kredit wie die Kapitalsbeteiligung rechtfertigen, wenn Deutschland politisch Ruhe bekomme und die finanzielle Last auf ein erträgliches Maß reduziert werde. Für eine völlige Aufhebung oder Revision des Vertrages von Versailles sei die heutige Atmosphäre noch nicht reif. Um Zeit für Aufklärung zu gewinnen, müsse man zunächst versuchen, eine internationale Anleihe zu bekommen, damit uns die Möglichkeit gegeben werde, nach fünf Jahren eine ehrliche Bilanz zu machen und für die Reparationszahlungen Summen zu normieren, die der dann vorhandenen Leistungsfähigkeit entsprechen. Wenn die Anleihe 10 Milliarden Goldmark betrage, so könne die Hälfte für Reparationszahlungen dienen, und der Rest müsse für die Auslösung des deutschen Privateigentums im Ausland, für Clearingzahlungen, für die Bezahlung der Sachleistungen, für den Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln zur Verfügung stehen und ein verhältnismäßig geringer Teil für ein sogen. internationales Regulierungs-Konsortium bereitgestellt werden, das im Auftrage und für Rechnung des Deutschen Reiches durch Eingreifen in den Devisenhandel allzu wilde Schwankungen in dem Kurse der Mark zu verhüten suche. Die internationale Anleihe werde nur möglich sein, wenn sie eine klare Sicherheit erhalte. Aber niemals dürfen diese Sicherheiten dazu führen, diese Einnahmequellen unter fremde Verwaltung zu stellen oder irgendeine Art fremder Finanzkontrolle einzuführen, solange das Deutsche Reich den Anleihedienst vertragsmäßig leiste. Die Anleihe müsse eine Laufzeit von 20 bis 30 Jahren haben. Man dürfe natürlich in der internationalen Anleihe nicht das Allheilmittel für die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Gegenwart erblicken. Sie sei nur die Brücke, um allmählich zu einer Gesundung zu gelangen. Zur Sparsamkeit müßten nicht nur die Bürger, sondern auch die Staaten selbst zurückkehren. Die Okkupation, die kostspieligen Kommissionen müßten eingeschränkt werden; nur dann seien die großen Summen für den Zinsendienst der Auslandsanleihe zu leisten.

Die Zivilisation habe die Schuldhaft und die Sklaverei abgeschafft, und nun dürfen diese nicht von zivilisierten Demokratien ganzen Nationen auferlegt werden.

*

In den Verhandlungen am Dienstag sprach zunächst Staatssekretär Dr. August Müller über Rußland. Er warnte vor überspannten Hoffnungen auf Ergebnisse aus Beziehungen mit Rußland und mahnte zur Vorsicht. Die russische Volkswirtschaft sei durch die Schuld des Kommunismus zusammengebrochen.

Direktor Hans Kraemer-Berlin meinte, Frankreich werde nicht ruhen, bis es das Ruhrgebiet besetzt habe, nicht um die dortige Industrie zu zertrümmern, sondern um sie zwangsweise mit der französischen Industrie zu verflechten. Der Redner sprach sich gegen den Freihandel aus, weil die deutsche Industrie noch nicht stark genug sei, um der Konkurrenz der Welt standzuhalten. Der industrielle Apparat sei heute viel zu groß für den Konsum der ganzen Welt.

In der Schlußsitzung am Dienstag nachmittag sprach das Vorstandsmitglied Rechtsanwalt Lammes-Berlin über die Entwicklung der industriellen Organisation. Er führte u. a. aus: Der sozialistischen Planwirtschaft sei durch den Zwang der Verhältnisse wohl dauernd ein Riegel vorgeschoben. Die Industrie dürfe nicht vergessen, daß über der wirtschaftlichen Gemeinschaft die Volksgemeinschaft stehe. Es sei Aufgabe der Industrie, zu ihrem Teil an der innern Gesundung der Demokratie mitzuarbeiten. Das Volk schreie nach Erlösung von der Taktik der Parteien. Der Kaufmannsstand muß wieder die Idee des ehrbaren Kaufmanns auf seine Fahne schreiben.

Darauf wurde die Tagung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Mai. In der fortgesetzten Beratung des Reichswirtschaftsministeriums führte Abg. **Korell** (Dem.) aus, die Ausübung der Warenkontrolle im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet müsse so gestellt werden, daß die Schwierigkeiten des Verkehrs auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Gegenüber den französischen Versuchen, die Rheinlandwirtschaft abzutrennen, sei eine Kontrolle notwendig. Als der Redner mitteilte, daß die Rheinländer zum Zwecke der Mobilisation den Franzosen ihre Pferde vorführen müssen, entstand im Hause lebhafte Bewegung und der Zuruf: Unerhört! wurde laut.

Reichswirtschaftsminister **Schmidt** beklagte die Schwierigkeiten, unter denen das Rheinland zu leiden habe. Die Regierung habe schweren Herzens den Kontrollmaßnahmen zustimmen müssen, weil durch die Besatzung eine große Menge von Waren nach Deutschland gekommen sei. Unsere Einfuhr unter eine dauernde Außenhandelskontrolle zu stellen, sei gefährlich.

Damit ist die Interpellation der Demokraten erledigt.

In der weiteren Aussprache wies Abg. **Hartleib** (Soz.) darauf hin, daß die Ausfuhrbewirtschaftung durch die monatelange Verzögerung ihrer Verteilung die Industrie bedenklich gefährde. Die weitere Aussprache bringt keine wesentlich neuen Punkte. Zum Titel „Sozialisierungskommission" liegt ein deutschnationaler Antrag vor, diesen Titel ganz zu streichen. Ueber den Antrag wird erst später abgestimmt.

Das Haus trat dann in die 2. Beratung des Etats des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ein. Es entspann sich hierbei eine lebhafte Debatte über die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrats. Der Haushalt wurde genehmigt und ohne Aussprache der Haushalt des Finanzministeriums. Ebenso der Etat für den Rechnungshof. Auch die Haushalte zur Ausführung des Friedensvertrags und für das Auswärtige Amt werden ohne Aussprache unverändert angenommen.

Dann vertagt sich das Haus auf Freitag nachmittag 4 Uhr.

Tagesordnung: Pachtschutzordnung.

Deutsches Reich

Die Untersuchung gegen Dr. Hermes.

Berlin, 24. Mai. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages in Sachen der Beschuldigung gegen den Reichsminister Dr. Hermes trat heute zur Beschlußfassung über den Bericht, soweit der Fall August in Betracht kommt, zusammen. Eine sachliche Beratung war indessen unmöglich, weil die Vertreter der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien nicht erschienen waren. Nächste Sitzung 13. Juli.

Veröffentlichung diplomatischer Aktenstücke.

t. **Berlin,** 24. Mai. Unter dem Titel: „Die große Politik der europäischen Mächte von 1870 bis 1914" beginnt in den nächsten Tagen die Sammlung der diplomatischen Aktenstücke des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten sechs Bände dieses großen Aktenwerkes ist jetzt beendet. Das Werk ist ein Ergebnis der Prüfung der deutschen Archive. Die jetzt fertiggestellte Gruppe enthält das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung Bismarcks.

Aussicht auf baldige Räumung Oberschlesiens.

t. **Breslau,** 24. Mai. Aus Eisenbahnkreisen erfährt die „Oberschlesische Volksstimme", daß vom 10. Juni ab Eisenbahnwaggons zum Abtransport der französischen Truppen in Oberschlesien angefordert sind. Der Transport soll so beschleunigt werden, daß er bis zum 25. Juni beendet ist.

Wiederaufnahme der Arbeit in der bayerischen Metallindustrie.

t. **München,** 24. Mai. (Drahtber.) In der Firma Maffay wird am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen. In den übrigen Betrieben der Münchener Metallindustrie wird die Inbetriebsetzung erst in einigen Tagen erfolgen, da infolge des langen Stillstandes der Betriebe zum Teil erhebliche Vorarbeiten nötig sind, um die technischen Möglichkeiten zur Arbeitaufnahme zu schaffen.

Die Aussperrung in der Frankfurter Metallindustrie.

t. **Frankfurt,** 24. Mai. In der Metallindustrie des Frankfurter Bezirks sind gestern die Arbeitnehmer ausgesperrt worden. Die großen Industriebetriebe liegen deshalb still.

Frankfurt, 24. Mai. (Drahtber.) Die Verhandlungen in der Metallindustrie wurden heute zu Ende geführt. Ueber die drei Punkte wurde eine Einigung erzielt. Vorbehaltlich der Zustimmung beider Parteien zu den getroffenen Vereinbarungen wird am Freitag in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Erhaltung des kolonialen Gedankens.

Berlin, 24. Mai. In der dichtgefüllten neuen Aula der Universität fand heute der Hauptfestakt der in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Kolonialinteressierten Vereine statt. Der Rektor der Universität, Geheime Rat Professor Dr. Nernst hielt die Begrüßungsansprache über das Thema „Wissenschaft und koloniale Betätigung." Er führte aus, die Veranstaltung der gegenwärtigen Kolonialtagung beweise, daß das Verständnis und der Sinn für deutsche koloniale Betätigung jetzt noch weiterlebe. Professor Nernst hob hervor, welche Leistungen die deutsche Wissenschaft auf dem Gebiete der Kolonialforschung und der in den Kolonien auftretenden Seuchen aufzuweisen habe. Es sei zu hoffen, daß auf den Stillstand unserer Kolonialpolitik wieder ein Aufstieg folgen werde. Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Südwest-Afrika Seitz besprach die Wirksamkeit Deutschlands in Togo, Kamerun und Deutsch-Südwest-Afrika.

Der Erzbergerprozeß.

t. **Offenburg,** 24. Mai. Zu dem am 7. Juni vor dem hiesigen Schwurgericht beginnenden Prozeß gegen den Kapitänleutnant Killinger wegen Begünstigung der Mörder Erzbergers sind 89 Zeugen und drei Sachverständige geladen worden.

Die Zwangsenteignung deutschen Besitzes in Neupolen.

Posen, 23. Mai. Von amtlicher polnischer Seite wird gemeldet: Die Reparationskommission in Posen, die auf Grund des Versailler Friedensvertrages ihre Tätigkeit ausübt, hat den deutschen Eigentümern mitgeteilt, daß sie bis zum 10. Juli ds. Js. auf dem Liquidationswege ihre Güter zu verkaufen haben.

Die Kosten der Genuakonferenz.

t. **Berlin,** 23. Mai. In den letzten Tagen sind wiederholt in der deutschen Presse Aeußerungen über den angeblich hohen Aufwand der deutschen Genuadelegation erschienen, die den Tatsachen in keiner Weise entsprechen. Die Verteilung der Mitglieder der Delegation und der Sachverständigen in die zur Verfügung stehenden Hotels in Genua und Umgebung erfolgte durch das Generalsekretariat der Konferenz. Die Pensionspreise wurden von der italienischen Regierung festgesetzt. Auch die Zahl der gemieteten Kraftwagen wurde auf das Mindestmaß beschränkt. Um die Kosten zu verringern, wurde frühzeitig mit dem Abbau der Delegation begonnen. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches wird die Kosten auf das genaueste prüfen. Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite erfährt, sieht die Delegation dieser Prüfung mit aller Ruhe entgegen.

Badische Politik

Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Bei der Beratung des Finanzministeriums im Haushaltausschuß wurde von einem deutschnationalen Abgeordneten gewünscht, daß die beiden Posten, die der Finanzminister bekleidet, nicht in einer Hand vereinigt werden sollen. Alle anderen Redner verlangten aber die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, da die Einflußnahme Badens in den Reichsinstitutionen dies bedinge.

Zur Debatte stand dann ein Antrag der Zentrumsfraktion, der die Aufhebung und Uebertragung der Funktionen der in Karlsruhe, Rastatt und Konstanz bestehenden Reichsbauämter an die badischen Bezirksbauämter fordert. Dieser Antrag wurde angenommen.

Zur Sprache kamen dann einige Eisenbahnfragen. Es wurde nicht nur über die Ueberzentralisierung auf dem Eisenbahngebiet, sondern auch über die Zustände auf den Bahnhöfen Freiburg, Heidelberg und über die schlechte Reinigung der Wagen geklagt. Finanzminister Köhler bemerkte, daß man nach dem Jahre 1923, in welchem die Umwandlung von außerplanmäßigen zu planmäßigen Stellen vorzunehmen sei, an die Schaffung von sogenannten überplanmäßigen Stellen denken müsse. Eine andere Wertung der gelernten Handwerker in der Besoldungsordnung müsse eintreten.

Die Streitigkeiten in der Mannheimer Metallindustrie.

Unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Dr. Engler, in Anwesenheit des Demobilmachungskommissars Hebting, ferner von Prof. Dr. Erdel und Gewerberat Emele haben am Dienstag Verhandlungen mit den Parteien stattgefunden. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung beiderseitiger Organisationen wird folgendes vereinbart:

1. Arbeitszeit: Sämtliche vom Streik oder der Aussperrung erfaßten Betriebe werden unverzüglich unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten wieder eröffnet und zwar vorläufig in allen unter den Vertrag fallenden Betrieben mit der bisherigen Arbeitszeit. Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Verständigung (Benachrichtigung) des Arbeiterrates die Arbeitszeit so weit zu verlängern, daß auch die 48. Wochenstunde gearbeitet wird, wobei für letztere ein Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu bezahlen ist, wie er für Ueberstunden tariflich vereinbart ist. Die dadurch sich ergebende Gesamtarbeitszeit ist, auf Verlangen der Betriebsleitung in der Arbeitsordnung als die reine wöchentliche Arbeitszeit, ohne Einrechnung der

Alte farbige Schuhe wirf nicht fort, durch Auffärben mit **Brauns Wilbra** werden sie wieder wie neu, ebenso alle anderen alten unansehnlich gewordenen Ledersachen. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Theater und Musik

Wiener Uraufführung. Das Burgtheater spielte zum ersten Male das mythische Gedicht „Kain" von Anton Wildgans, dem gegenwärtigen Direktor dieser Bühne. Die Handlung folgt ziemlich getreu dem biblischen Vorbild. Die Charaktergestaltung des Titelhelden erinnert entfernt an das Byron'sche Muster. Immerhin geht der österreichische Dichter bei seiner Bearbeitung des uralten Stoffes eigene, mitunter recht kühne Wege. Sein Kain ist eine faustisch angehauchte, von Neid, Haß und Wissensgier besessene überlebensgroße Natur, ganz der Sohn der Schlange — während sein Gegenpart, Abel die Lichtgestalt — ein feiner dichterischer Zug — von der Mutter als Menschensohn bezeichnet und als solcher geliebt wird. Auch das geschlechtliche, um nicht zu sagen, perverse Moment spielt ein wenig herein, da Kain — mangels anderer Erdenfrauen — in einer nächtlichen schwülen Szene die eigene Mutter umwirbt, deren heiße Liebe zu dem jüngeren Sohn übrigens auch — so scheint es — von ähnlichen Anwandlungen nicht ganz frei ist. Von diesem Zuge und diversen sprachlichen Expressionismen abgesehen, ist gegen das schöne, vielleicht im großen und ganzen ein wenig zu lyrisch-breit geratene, allein in den Höhepunkten (der Szene des Brudermordes und des Bekenntnisses) doch zu machtvoller, dramatischer Wirkung aufsteigende Gedicht wenig einzuwenden, es sei denn, daß der ins Symbolische hinausweisende, auf die Kriegsgreuel anspielende Schluß besser unterblieben wäre.

Dr. O. B.

Zum Intendanten der Vereinigten städtischen Theater in Kiel wurde der Oberspielleiter und Dramaturg des Mainzer Stadttheaters, Dr. Kurt Elwenspoek, gewählt.

Brahms „Deutsches Requiem" in Genf. Der vorzügliche Genfer Organist Otto Barblan hat mit der Société de chant sacré das Deutsche Requiem von Brahms in Genf aufgeführt. Obgleich der Text durch die Uebersetzung ins Französische verloren hatte, machte das Werk doch tiefen Eindruck; der Erfolg ist umso bedeutungsvoller, als Brahms bisher von den Genfern nicht gerade verständnisvoll aufgenommen worden war.

Die Göttinger Händel-Opernfestspiele, die in diesem Sommer (5.—12. Juli) zum dritten Male stattfinden, bringen Händels Opern „Julius Cäsar" (Uraufführung) und „Otto und Theophano" in Bearbeitung von O. Hagen. Solisten ersten Ranges haben ihre Mitwirkung zugesagt. Die Bühnenbilder stammen von Professor Thiersch-Halle, die Regie führt Dr. Niedecken-Gebhardt (Münster).

„Der Dieb des Glücks", eine heitere Oper (Schelmenspiel) in drei Akten von Bernhard Schuster, ist vom Intendanten Dr. Carl Hagemann für das Staatstheater in Wiesbaden angenommen worden und wird im Herbst 1922 dort die Uraufführung erleben.

*

„An Hans Thoma." Ein Lied. Gedicht von Kurt Karl Eberlein, Musik von Franz Philipp.

Das innige, poesieerfüllte Gedicht, das Kurt Karl Eberlein zu Hans Thomas 82. Geburtstag verfaßt hat, ist den Lesern des Karlsruher Tagblattes bekannt; es wurde in der Hans Thoma-Sondernummer der „Pyramide" erstmals veröffentlicht. Dieses Gedicht hat der Freiburger Komponist Franz Philipp vertont. Den ganzen Reichtum der Empfindung und Poesie, den Eberlein in die Worte gegossen, läßt der Komponist auch in den Tönen wieder erstrahlen. Es zeigt in der Eigenart und Prägnanz der Melodie und der farbenreichen Begleitung die von uns schon oft gewürdigte große Könnerschaft Franz Philipps. Das hervorragend ausgestattete, in der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung in Karlsruhe unter der Leitung von Professor Gustav Wolf gedruckte Lied, wird sicherlich sehr viele Freunde finden, hat es doch von Hans Thoma selbst die schönste Zier erhalten: dem Lied ist ein prächtiges Bild in Vierfarbendruck beigegeben, das der Meister eigens für diesen Zweck geschaffen hat nach den Worten Eberleins: „Ein Knabe reitet auf weißem Roß, dem weht unter Rosen das goldene Haar, er bläst das alte Wunderhorn . . . ."

Das Lied ist im Musikverlag C. L. Schultheiß in Ludwigsburg erschienen; es ist in allen Musikalienhandlungen zu erhalten. — ck.

Kunst und Wissenschaft

Ehrendoktor der Universität Heidelberg. Dem Generaldirektor des Rheinischen Braunkohlensyndikats Köln-Mannheim, Friedrich Kruse, ist für seine Verdienste auf dem Gebiet der Kohlenversorgung von der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg die Ehrendoktorwürde verliehen worden.

Der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München ist laut dem bei der Jahresversammlung des Stiftungsrates von Geheimrat Kräpelin erstatteten Bericht der Fortbestand dadurch ermöglicht worden, daß ihr neue Stiftungen im Betrage von sechs Millionen Mark zugeflossen sind, vor allem von seiten des in München lebenden Amerikaners James Loeb, der schon 1916 den eigentlichen finanziellen Grundstock der Anstalt durch die erste Stiftung gelegt hat und neuerdings 1 Million Mark gespendet hat. — Unter den neuen Stiftern befindet sich auch Krupp v. Bohlen-Halbach. Auch aus amerikanischen und schwedischen Kreisen gingen größere Summen zu. Durch das Reichsministerium und das bayerische Ministerium des Innern wurden größere Beträge aus den Erträgnissen des Branntweinmonopols überwiesen.

Das Schicksal der deutschen zoologischen Station von Rovigno. Die vor dem Kriege von der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft verwaltete zoologische Station in Rovigno, die der Erforschung der reichhaltigen und außerordentlich intetessanten Tierwelt der Adria diente, ist durch ihren Uebergang in italienischen Besitz der Wissenschaft nicht ganz verloren gegangen. Das italienische Komitee für Seeforschung hat die ehemalige österreichische Station von Triest mit der früheren deutschen Station zum „Meeresbiologischen Institut an der Adria" in Rovigno vereinigt. Diese nunmehr italienische Station stellt ihre Arbeitsplätze auch den deutschen Forschern zur Verfügung und hat erst kürzlich durch ein Rundschreiben die deutschen Meeresbiologen zum Besuch der Station eingeladen.

Neues aus dem russischen Buch- und Schriftenwesen. Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands seit 1920, die dem Privatkapital wieder größere Freiheiten gibt, hat auch das Buchgewerbe sehr günstig beeinflußt. In kurzer Zeit sind 26 neue Privatverlage entstanden. Wie wir der in Berlin erscheinenden russischen Zeitschrift „Das neue russische Buch" entnehmen, gibt es in Berlin jetzt allein 70 Zeitschriften und Zeitungen in russischer Sprache (in Frankreich 5, in den Vereinigten Staaten 12, in China 11, in Argentinien 2). In Berlin, dem geistigen Mittelpunkt der Emigranten, hat sich ja auch ein „Haus der Künstler" gebildet, entsprechend Gorkis Petersburger Gründung. Von hier aus soll die „Gesellschaft für den Buchhandel mit Rußland" dem Einkauf von Büchern für Rußland dienen. Die Bändchen der Sammlung „Natur und Geisteswelt" werden auch in Russisch herausgegeben werden.

Personalien. Wie wir erfahren, ist der Lehrstuhl der Meteorologie an der Berliner Universität (an Stelle des Geh. Reg.-Rats G. Hellmann) dem Direktor der Meteorologischen Zentralstation in München, Honorarprofessor für Physik, speziell Physik der Atmosphäre an der dortigen Universität Dr. August Schmauß angeboten worden. — Ernannt wurde der o. Professor Dr. Karl Reinhardt in Hamburg zum ordentlichen Professor der klassischen Philologie an der Universität Frankfurt als Nachfolger v. Arnims. — Zur Wiederbesetzung des durch die Emeritierung des Geh. Rats Joh. Reinke erledigten Lehrstuhls der Botanik an der Universität Kiel ist ein Ruf an den ordentlichen Professor an der Württembergischen Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, Dr. Georg Tischler, ergangen.

Pausen, aufzunehmen. Alsdann ist der Zuschlag für die 48. Stunde auf die Stundenlöhne umzulegen.

2. Urlaub. Jeder Arbeitnehmer (Arbeiter und Arbeiterin) hat nach einer zurückgelegten Beschäftigungsdauer im gleichen Betrieb von mindestens 12 Monaten in jedem Jahr Anspruch auf einen Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Der Urlaub beträgt nach einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 3 Werktage, 2 Jahren 5 Werktage, 3 Jahren 6 Werktage, 6 Jahren 8 Werktage, 8 Jahren 10 Werktage. Verheiratete und alle Arbeitnehmer im Alter von 25 und mehr Jahren, die in einen Betrieb neu eintreten, erhalten schon nach einer Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 6 Werktage Urlaub. Der Verband der Metallindustriellen verpflichtet sich, seinen Mitgliedern zu empfehlen, den Lehrlingen einen Erholungsurlaub von jährlich 3 Werktagen zu gewähren.

3. Löhne. Die in dem letzten Lohntarif vom 17. Februar 1922 festgesetzten Teuerungszulagen erhöhen sich wie folgt: Für die Zeit vom 27. Februar 1922 bis 12. März 1922 einschließlich um 1 Mark, vom 13. März bis 15. April 1922 einschließlich um weitere 2,50 Mark, vom 16. April bis 30. April um weitere 1 Mark. Nach Wiederaufnahme der Arbeit um weitere 5,50 Mark, vom 15. Juni bis 30. Juni um weitere 1 Mark. Für die jüngeren Altersstufen errechnet sich die entsprechende Steigerung nach den bisherigen Grundsätzen, ausgehend vom ungelernten Arbeiter. Für die Frauen und die Lehrlinge errechnet sich die entsprechende Steigerung der Teuerungszulage ebenfalls nach diesen Grundsätzen. Allen gelernten Facharbeitern wird eine Leistungszulage von 50 Pf. pro Stunde garantiert; den Werkzeugmachern, Modellschlossern und Modellschreinern eine solche von 1 Mk. pro Stunde. Der Höchstbetrag der Leistungszulage ist 1,50 M. pro Stunde. Für die Ablösung der bisherigen Pausenzahlung gilt die Festlegung im Karlsruher Schiedsspruch, d. i. 90 Pf. pro Stunde in der höchsten Altersstufe neben den sonstigen Lohnbezügen. Diese 90 Pf. werden nach den geltenden Grundsätzen für die einzelnen Altersstufen, Frauen und Lehrlinge in die Teuerungszulage umgerechnet und einbezogen. — Die Lohnregelung gilt bis einschließlich 30. Juni 1922.

4. Maßregelung. Wegen Teilnahme am Streik dürfen Maßregelungen nicht vorgenommen werden.

5. Manteltarif. Die Parteien sind sich darüber einig, daß der Manteltarifvertrag unter Berücksichtigung der durch vorstehende Vereinbarung eintretenden Aenderungen bis zum 30. Juni 1923 Geltung haben soll.

Die Zustimmung der beiderseitigen Organisationen ist mit Sicherheit zu erwarten.

Zur Entrichtung der Umsatzsteuer.

In dem Aufsatz in Nr. 141 wird gesagt, daß der Steuerpflichtige in Zukunft einen noch nicht gemachten Umsatz versteuern soll. Das wäre allerdings „unergründlich tiefe Staatsweisheit"; aber es wird nicht verlangt. In den neuen Bestimmungen über die Vorauszahlung der Umsatzsteuer wird vielmehr angeordnet, daß nicht mehr, wie bisher, am Jahresende für das ganze abgelaufene Jahr, sondern am Ende jedes Vierteljahrs für das vergangene Vierteljahr à conto der endgültigen Abrechnung am Schluß des Jahres bezahlt werden muß. Die Entrichtung der Umsatzsteuer entfällt also in Zukunft in vier „Vorauszahlungen" und die endgültige Abrechnung. Auf diese Vorauszahlungen treffen die näheren Ausführungen des Reichsfinanzministeriums in einem ganz vernünftigen Sinne zu.

Gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit benutzen, um eine neuere Bekanntgabe des Reichsfinanzministers mitzuteilen, die ebenfalls auf die Vorauszahlung der Umsatzsteuer Bezug hat. Es wird bestimmt, daß die Frist zur Einreichung und Erlegung der ersten Vierteljahrszahlung bis zum 1. August verlängert ist. (Bisher war der 1. Mai festgesetzt.) Am 1. August also spätestens ist die Vorauszahlung für das erste Vierteljahr (Januar-März), wie für das zweite (April-Juni) zu leisten. Diese Verlängerung wurde angeordnet, weil am 1. Mai die neuen Bestimmungen noch nicht in der notwendigen Klarheit vorlagen und es den Steuerpflichtigen nicht zugemutet werden sollte, nach nur halb bekannten Grundsätzen ihren Steuerbetrag für das erste Vierteljahr zu berechnen.

Es ist zweifellos nicht zu leugnen, daß in der Gesetzgebung der letzten Jahre manche nicht eben sinnreiche Bestimmung enthalten ist; in diesem Falle jedoch muß man den Gesetzgeber wohl gerechterweise in Schutz nehmen. R. M.

Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 38 vom 24. Mai hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Ministeriums des Innern: Der Tarif der von den badischen Armenverbänden gegenseitig zu erstattenden Armenpflegekosten; das Hebammenwesen; des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: die Prüfungsordnung für das höhere Lehramt.

Aus Baden

Der Mannheimer Stadtrat gegen die Möbelentführung aus dem Mannheimer Schloß.

Der Mannheimer Stadtrat richtete an das badische Staatsministerium, zu Händen des Staatspräsidenten, folgende Beschwerde:

„Die Verwaltung der Stadt Mannheim verhandelt schon seit dem Jahre 1919 mit dem Finanzministerium wegen Belassung der kunstgeschichtlich, kunstgewerblich und künstlerisch wertvollen Ausstattungsgegenstände des hiesigen Schlosses zum Zwecke der Wiedereinrichtung der Prunkräume in diesem. Diese Verhandlungen haben im Jahre 1920 das Ergebnis gehabt, daß von seiten des Herrn Finanzministers Köhler bei verschiedenen Besprechungen mündlich zugesagt wurde, die aus dem Mannheimer Schloß nach Karlsruhe bereits verbrachten Ausstattungsgegenstände würden, soweit und sofern sie in Karlsruhe für staatliche Zwecke nicht oder nicht mehr benötigt werden sollten, nach Mannheim zurückgebracht werden; die jetzt noch im Mannheimer Schloß befindlichen geschichtlich und künstlerisch wertvollen Möbel sollen dort verbleiben; auf die Verwendung solcher Möbel für Zwecke der Einrichtung des Arbeitsministeriums wurde verzichtet. Die städtische Verwaltung hat im festen Vertrauen auf diese Erklärungen des Herrn Finanzministers Köhler die Angelegenheit vorläufig ruhen lassen, ohne auf ihrem früheren Antrag zu bestehen, wonach durch eine Sachverständigenkommission, der auch Vertreter der städtischen Verwaltung und des Altertumsvereins angehören sollten, der frühere Bestand, die jetzige Verwendung und die spätere Bestimmung der künstlerisch und geschichtlich wertvollen Ausstattungsgegenstände des Schlosses alsbald festgestellt werden sollten.

Am Samstag, den 20. Mai 1922, ist nun auf unmittelbare Anordnung von Herrn Ministerialrat Dr. Hirsch eine größere Anzahl von künstlerisch wertvollen Möbeln aus dem hiesigen Schloß verladen und nach auswärts verbracht worden. Von dieser Absicht des Herrn Ministerialrats Dr. Hirsch, der den ganzen Freitag, den 19. Mai, über in Mannheim gewesen ist, ist der städtischen Verwaltung nicht die geringste Mitteilung gemacht worden. Die Wegschaffung der Möbel sollte im Gegenteil, wie Ministerialrat Dr. Hirsch städtischen Vertretern gegenüber bei einer telephonischen Unterhaltung im Laufe des Vormittags des 20. Mai 1922 zugab, ohne Vorwissen der städtischen Verwaltung insgeheim erfolgen. Es war deshalb angeordnet worden, daß das Aussuchen und Verladen der Möbel in der Nacht des 20. Mai 1922 von 3 Uhr morgens an hinter verschlossenen Türen vorgenommen werden sollte. Die städtische Verwaltung hat von diesem Vorhaben ganz zufällig Kenntnis erhalten. Sofortige Vorstellungen bei dem Herrn Finanzminister von seiten des unterzeichneten Oberbürgermeisters blieben unberücksichtigt und sogar unbeantwortet. Nicht einmal ein Aufschub des Transportes wurde zugestanden, obwohl dieser von verschiedenen städtischen Vertretern Herrn Ministerialrat Dr. Hirsch gegenüber bei der vorerwähnten telephonischen Unterhaltung dringend erbeten wurde. Es wurde vielmehr von Herrn Ministerialrat Dr. Hirsch und ebenso von Herrn Finanzminister Köhler persönlich dem Bezirksbauamt gegenüber am Samstag, mittags gegen 1 Uhr, telephonisch angeordnet, daß der Transport ohne Berücksichtigung des Einspruchs der Stadt unverzüglich und unweigerlich stattzufinden hätte.

Der Stadtrat muß mit der städtischen Verwaltung in diesem Vorgehen des Herrn Finanzministers Köhler einen Bruch der von ihm der städtischen Verwaltung wiederholt gemachten Zusicherungen und ferner eine erneute außerordentlich peinliche Nichtachtung der dem Finanzministerium durchaus bekannten Wünsche der Stadtverwaltung und der gesamten Bürgerschaft erblicken, die noch durch die Nichteinhaltung der selbstverständlichen, im Geschäftsverkehr üblichen Formen gegenüber der städtischen Verwaltung verstärkt wird. Der Stadtrat legt daher gegen diese Handlungsweise des Herrn Finanzministers, indem er an das bei der Entfernung der van den Brandenschen Figuren aus der Michaelis-Kapelle beobachtete Verfahren erinnert, schärfste Verwahrung ein. Was zum Schlosse geschichtlich oder künstlerisch gehört, und was zur Erfüllung der künftigen Aufgaben des Schlosses notwendig ist, darf ihm nicht entfremdet werden, das fordert die gesamte Bevölkerung Mannheims.

Der Stadtrat fordert demgemäß weiter auf Grund einstimmig gefaßten Beschlusses, daß

1. die entgegen der Zusage des Herrn Finanzministers Köhler am 20. Mai d. J. aus dem Schlosse entfernten künstlerisch wertvollen Möbel unverzüglich zurückgegeben werden;

2. nun alsbald die schon wiederholt gewünschte Sachverständigenkommission eingesetzt wird, damit diese den früheren Bestand und die jetzige Verwendung des Schloßmobiliars und insbesondere feststellen möge, welche Stücke als kunstgeschichtlich, kunstgewerblich und künstlerisch wertvoll für die Wiedereinrichtung der Prunkräume des Schlosses bestimmt werden;

3. die von der Sachverständigenkommission für das Schloß bestimmten Möbel der Stadtverwaltung unverzüglich zur Verwaltung überwiesen und

4. zur vorläufigen pfleglichen Aufstellung bezw. Aufbewahrung dieser Möbel der Stadtverwaltung alsbald der Rittersaal und die anstoßenden Säle überwiesen werden möchten."

Tabakversuchsanstalt in Forchheim.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschloß, die Reichsregierung zu ersuchen, für die Errichtung einer Versuchsanstalt für den Tabakbau in Forchheim 2 Millionen Mark zu bewilligen.

*

t. Ettlingen, 24. Mai. Das Ettlinger Richtschwert, das seit 40 Jahren in Kastans Panoptikum zu Berlin ausgestellt war, ist wieder nach Ettlingen zurückgebracht worden, da es von zwei Ettlinger Herren bei der Versteigerung der Raritäten nach Auflösung des Panoptikums erworben worden war.

= Heidelberg, 24. Mai. Zum Streik im Zementwerk Leimen bei Heidelberg wird noch gemeldet: Nachdem der durch die Sprengung der Drahtseilbahn entstandene Schaden wieder behoben war, wurde die Arbeit ohne Behinderung am 17. ds. Mts. im Leimener Zementwerk, nach einem vorherigen einstimmigen Beschluß der terrorisierten Belegschaft wieder aufgenommen, so daß gegen Ende der letzten Woche das Werk wieder in Vollbetrieb war. Die Gewalttätigkeiten gegen die Belegschaft, insbesondere gegen die Mitglieder des Deutschen Arbeiterbundes (Gesamtverband nationaler Arbeiterberufsverbände) haben es nicht vermocht, die Belegschaft gegen ihren Willen zu einem Streik zu bewegen. Die Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins im Zementwerk haben die Konsequenz aus dem Verhalten ihres Führers gezogen und sind zum Deutschen Arbeiterbund übergetreten.

t. Heidelberg, 24. Mai. Letzter Tage fand hier eine Besprechung von Vertretern süddeutscher Saarvereine statt, bei der beschlossen wurde, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft süddeutscher Saarvereine zusammenzuschließen. Die Arbeitsgemeinschaft soll, ohne Beeinträchtigung der Selbständigkeit der einzelnen Ortsvereine dazu dienen, eine engere Zusammenarbeit und Fühlung der süddeutschen Saarvereine herbeizuführen. Durch Austausch von Anregungen und gegenseitige Unterstützung bezw. Arbeitseinteilung in den größeren Aufgaben wird eine wesentliche Förderung der Vereinsarbeit und deren ökonomische Ausgestaltung erhofft, was in hohem Maße im allgemeinen Interesse liegt, da die Pflege der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Saargebiet gegenwärtig zu den wichtigsten Tagesfragen gehört. Die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft hat die Württembergische Saarvereinigung, Sitz Stuttgart, Kanzleistr. 85, übernommen.

t. Baden-Baden, 24. Mai. Die oberrheinische Gruppe des Bundes für Naturheilkunde hielt letzter Tage hier ihre diesjährige Generalversammlung ab, geleitet von dem Gruppenvorstand Ballweg-Pforzheim, der nach Begrüßungsworten an die Teilnehmer und Vertreter der Stadt bemerkte, daß das badische Arbeitsministerium einen Bericht über die Tagung wünsche. Namens des Deutschen Bundes begrüßte der Vorsitzende des Beirates, Gewerbelehrer Groh-Mülhausen (Thüringen) die Versammlung und sprach der oberrheinischen Gruppe für die tatkräftig geleistete Mitarbeit auf allen Gebieten der Gesundheitspflege den Dank der Bundesleitung aus. Vor allem gelte es, die heranwachsende Jugend für die Sache des Bundes zu interessieren und zu gewinnen. Die einzelnen Gruppenvereine hätten sich mit viel Verständnis dieser Aufgabe gewidmet und im Berichtsjahr seien wieder zahlreiche Jugendgruppen gebildet, Sport, Spiel und Wanderungen gepflegt, Spielplätze geschaffen, Ferienkolonien gegründet und die Jugendherbergebewegung gefördert worden. Für die oberrheinische Gruppe zeigte die badische Regierung durch namhafte Zuwendungen ihr Interesse. Neu aufgenommen wurden die Vereine Ettlingen, Reichenbach und Bruchhausen. Bei den Wahlen wurden als erster Gruppenvorsitzender Ballweg-Pforzheim und als Rechner Deutsch-Freiburg einstimmig wiedergewählt. Die Wahl des Schriftführers bleibt dem Vorsitzenden überlassen. Die nächste Gruppenversammlung soll in Offenburg stattfinden. Im Laufe der Tagung wurde noch für eine regere Bekämpfung des Alkohol- und Tabakmißbrauchs eingetreten.

t. Engen, 24. Mai. Zu dem Grenzzwischenfall, der sich in der Nähe von Binningen ereignete und bei dem, wie wir berichteten, zwei Radfahrer von einem Grenzwächter angeschossen wurden, wird noch berichtet: Die Mitglieder des Radfahrervereins Binningen waren auf der Heimfahrt von einem Radfahrerfest in Arlen von einem Grenzwächter angehalten worden, trotzdem diesem bekannt sein mußte, daß die Radler unmöglich die Grenze passiert haben konnten. Der Grenzwächter schoß auf die Radfahrer. Einer von ihnen erlitt eine so schwere Halsschußverletzung, daß er inzwischen gestorben ist.

t. Waldshut, 24. Mai. Letzter Tage fand in Niedern a. S. eine starkbesuchte Versammlung von Mitgliedern des Vorschußvereins Jestetten statt, die nach lebhafter Aussprache den Beschluß faßte, den unlängst in der Generalversammlung des Vorschußvereins gefaßten Sanierungsbeschluß wegen Unrichtigkeiten, Formfehlern und dergleichen anzufechten. Es wurde ferner beschlossen, dahin zu wirken, daß das Kassengebäude und die Liegenschaften verkauft werden sollen, und daß ein neuer Sanierungsbeschluß gefaßt werde, wonach jedes Mitglied ungefähr 9000—10000 Mk. zur Sanierung zu zahlen hätte. (Der Vorschußverein Jestetten ist bekanntlich infolge Frankenspekulationen seiner Leiter in Schwierigkeiten geraten. Eine jüngst abgehaltene Hauptversammlung beschloß, von einem Konkurs abzusehen und, um den Verein zu erhalten, eine Sanierung vorzunehmen. Mit dieser Sanierungsabsicht scheint ein Teil der Mitglieder, wie aus dem obigen Bericht hervorgeht, nicht einverstanden zu sein.)

t. Meßkirch, 24. Mai. In der hier abgehaltenen Hauptversammlung des Verbandes der oberbadischen Pferdezuchtvereine legte Verbandspräsident Graf Bodman die verheerenden Wirkungen des Weltkriegs auf dem Gebiet der Pferdezucht dar. Das alte Zuchtmaterial sei fast vollständig ausgehoben worden, doch sei es nicht vernichtet worden. Man müsse die Zuchtrichtung des schweren, gängigen Halbblutes zielbewußt weiter verfolgen. Die Prämierung, die der Hauptversammlung vorangegangen war, habe gezeigt, daß überraschenderweise noch sehr gutes Material vorhanden sei. Mit dem im Landtag zur Sprache gekommenen Antrag, wonach auf die Hengststationen je ein Kaltblut- und ein Warmbluthengst kommen sollte, könne man sich nicht befreunden.

t. Singen a. H., 24. Mai. Die bisher schon bestehende Vorschrift über eine Baubeschränkung zum Schutze des Landschaftsbildes des Hohentwiels soll auf Antrag des Gemeinderats weiter ausgedehnt werden.

t. Vom Schwarzwald, 24. Mai. Der Aussichtsturm auf dem Hochfirst ist wieder geöffnet. Für die Besteigung des Turms wird zu seiner Unterhaltung eine Gebühr von 50 Pfg. erhoben. Mitglieder des Schwarzwaldvereins und des Vereins der Naturfreunde können nach Vorzeigen der Mitgliedskarte ohne Eintrittsgeld den Turm besteigen.

Sport-Spiel

Pferderennen.

Die diesjährigen Baden-Badener internationalen Rennen finden am Freitag, den 25. August, Sonntag, 27. August, Dienstag, 29. August, Freitag, 1. September und am Sonntag, den 3. September statt.

Verschiedene Drahtmeldungen

Die feindlichen Internationalen.

Berlin, 24. Mai. Die Besprechungen der von den drei Internationalen eingesetzten Kommission über die Vorbereitungen einer Weltarbeiterkonferenz sind gescheitert. Nach längeren Auseinandersetzungen erklärte schließlich der Russe Radek im Namen der kommunistischen Delegation, daß sie sich nicht mehr als Mitglieder der Kommission betrachten. Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Explosionsunglück.

w. Schliebus bei Köln, 24. Mai. (Drahtber.) Heute Mittag ereignete sich in einem Gelatinehaus der Dynamitfabrik eine Explosion. Die dort beschäftigten fünf Arbeiter haben bei dem Unglück den Tod gefunden. Ein Arbeiter wurde leicht verletzt. Die Zerstörung beschränkte sich auf den Explosionsherd. Die Ursache konnte noch nicht festgestellt werden. Bei der kurz vorher vorgenommenen Revision war noch alles in ordnungsgemäßem Zustande befunden worden.

w. Nürnberg, 24. Mai. (Drahtber.) In der Nähe von Altenfurth explodierte das Munitionsdepot, wobei vier Personen schwer verletzt worden sind. Eine von ihnen ist inzwischen gestorben. Die Ursache ist auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

Vergewaltigung in einer Kirche.

w. Frankfurt, 24. Mai. (Drahtbericht.) Die „Frkf. Ztg." meldet aus Bingen, nach dem Polizeibericht wurde am Sonntag nachmittag auf dem Rochusberge in der Rochuskirche eine Dame von einem Soldaten überfallen und vergewaltigt. Bei der französischen und der deutschen Polizei wurde Anzeige erstattet.

Rücktritt des österreichischen Kabinetts.

w. Wien, 24. Mai. (Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses teilte Bundeskanzler Dr. Schober mit, daß die Bundesregierung mit Rücksicht auf das Abstimmungsergebnis über die Frage der Kreditermächtigung beschlossen habe, dem Bundespräsidenten die Demission des Kabinetts zu unterbreiten.

Die Kapitalflucht.

London, 24. Mai. Im Parlament beantwortete ein Regierungsvertreter eine Anfrage, welche Informationen die Reparationskommission über die Höhe des seit dem Waffenstillstand aus Deutschland ausgeführten Kapitals und über die Möglichkeit eingezogen habe, dieses Kapital zur Bezahlung der Kriegsschulden Deutschlands heranzuziehen, dahin, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung die Vorlegung eines Planes zur Verhinderung der Kapitalflucht und Maßnahmen zur Rückführung des ausgeführten Kapitals verlangt habe. Die Reparationskommission habe keine Mitteilung über die Höhe des in Frage kommenden Kapitals veröffentlicht und der Natur der Sache nach würden jede Angaben darüber nur auf Mutmaßungen beruhen.

Amerikanische Urteile.

London, 23. Mai. „Times" veröffentlicht einen ausführlichen Artikel des hervorragenden Finanzmannes Otto Kahn über die Stellung Amerikas zum europäischen Wiederaufbau. Kahn schreibt, soweit er beurteilen könne, habe Amerika seine Weigerung, dem Völkerbund beizutreten, nicht bereut. Alles, was seither geschehen sei, habe dazu beigetragen, die amerikanische Beurteilung der teilweise unfaßlichen Verkehrtheit und Kurzsichtigkeit der Friedensverträge zu bestätigen, mit denen der Völkerbund vorsätzlich verflochten wurde.

Ein politischer Mord in Sofia.

Sofia, 24. Mai. Der Direktor eines Oppositionsblattes, Grikow, früher bulgarischer Geschäftsträger in Paris, Bern und Stockholm, wurde ermordet. Die Beweggründe zur Tat sind nicht bekannt. Die Mörder sind entkommen.

Sofia, 24. Mai. Das bulgarische Pressebüro dementiert in formeller Weise die aus Wien und Belgrad stammenden Gerüchte von einer Revolution in Sofia, die auch in die ausländische Presse übergingen.

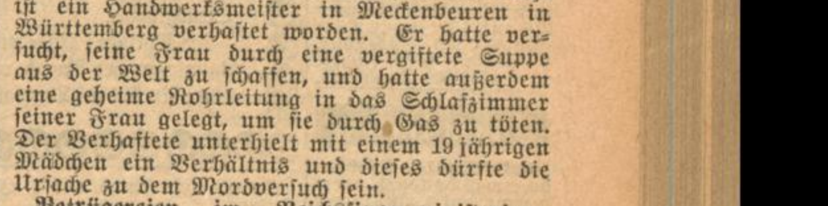
Eine russische Fürstin als Spionin verurteilt.

Berlin, 23. Mai. Nach einer Meldung aus Leipzig wurde heute vom Reichsgericht die 36jährige russische Fürstin Helene Sopacowskaja wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

*

Ein Giftmordversuch. Unter Giftmordverdacht ist ein Handwerksmeister in Meckenbeuren in Württemberg verhaftet worden. Er hatte versucht, seine Frau durch eine vergiftete Suppe aus der Welt zu schaffen, und hatte außerdem eine geheime Rohrleitung in das Schlafzimmer seiner Frau gelegt, um sie durch Gas zu töten. Der Verhaftete unterhielt mit einem 19jährigen Mädchen ein Verhältnis und dieses dürfte die Ursache zu dem Mordversuch sein.

Betrügereien im Reichsfinanzministerium. Wie die Staatskasse geprellt wird, zeigte wieder einmal eine Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin. Angeklagt wegen Betrugs und Urkundenfälschung waren die Kaufleute Paul Langenstein, Artur Stürmer, Kurt Ebersbach und Willi Schuster, die nach Kriegsende in der Feldzeugmeisterei beschäftigt waren. Ihre Tätigkeit bestand in der Hauptsache in der Nachprüfung der sogen. Abgeltungsansprüche, welche von Kriegslieferanten gestellt wurden, mit welchen das Reich bei Beendigung des Krieges noch laufende Verträge hatte und die infolgedessen Anschaffungen von Materialien und Maschinen gemacht hatten. Die Angeklagten haben dabei durch Einführung gefälschter Bestellzettel und Rechnungen fingierte Summen aufgestellt und diese dann selbst abgehoben. — Das Urteil des Gerichtes lautete gegen Stürmer und Langenstein auf je ein Jahr Gefängnis, gegen Ebersbach auf vier und gegen Schuster auf drei Monate Gefängnis, gegen die beiden letzteren unter Anwendung der bedingten Begnadigung.



Drogerie Roth, Herrenstraße 26,
Drogerie Tscherning, Amalienstr. 19.

Die Last der Besatzungskosten.

Der Wohnungsluxus des Kreisdelegierten in Bergheim.

Reichskanzler Dr. Wirth hat in seiner letzten großen Reichstagsrede davon gesprochen, daß das Gehalt zweier Ententegenerale, die in irgendwelchen Kommissionen in Deutschland sitzen, dem Reiche mehr Kosten verursachen, als der Reichspräsident mit den sämtlichen Reichsministerien unter Einschluß ihrer Aufwandsentschädigung. Ueber die ungeheuren Kosten, die die Besetzung in den Rheinlanden dem Deutschen Reiche verursacht, und die mit dazu führen müssen, daß Deutschland immer weniger den Reparationsforderungen nachkommen kann, ist ebenfalls schon unendlich viel geschrieben und gesprochen worden. Nichts aber vermag, so schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“, die Ungeheuerlichkeit dieser Unkosten anschaulicher darzustellen als kleine Ausschnitte aus dem großen Bild der Besatzungslasten.

Die Interalliierte Rheinlandkommission, die auf Grund des Rheinlandabkommens lediglich aus je einem Vertreter der an der Besatzung beteiligten Mächte bestehen soll, hat neben dem von der Rheinlandkommission aufgebauten Verwaltungsapparat in Koblenz, der mehrere Hundert Personen umfaßt, das ganze besetzte Gebiet mit sogenannten Delegierten überzogen. Es steht fest, daß die Einrichtung des Verwaltungsapparates und der Delegierten keinerlei Rechtsgrundlage hat, dennoch mußten und müssen noch immer und werden wohl auch in Zukunft die Gehälter der über 1000 Angestellten und Beamten der Rheinlandkommission von dem Deutschen Reiche bezahlt. Daneben aber entstehen dem Reiche durch die persönlichen Ansprüche der einzelnen Delegierten — es handelt sich dabei um ältere Hauptleute, Majore und in einzelnen Fällen um noch höhere Offiziere — ungeheure Lasten, die verdienen, in der Oeffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Es möge nur ein Beispiel genügen, das Beispiel des Wohnungsluxus des Kreisdelegierten in Bergheim, eines britischen Hauptmanns Ri. Williamson, der dem Reich „nur“ einen Kostenaufwand von 464 116,39 ℳ verursacht hat. Diese Unsumme setzt sich in der Hauptsache aus den folgenden einzelnen Bedürfnissen zusammen:

1 Wohnsalon, Empireausführung in Mahagoni mit Bronze zu	30 000.— ℳ
Ankleidezimmer, Ausführung in feinem Mattlack, bestehend aus Wäscheschrank, Garderobeschrank, Chiffonniere, verstellbarem Ankleidespiegel, Frisiertisch mit Glasplatte, Frisiersessel mit Bezug	16 000.— „
1 weißlackiertes Schlafzimmer	11 650.— „
1 Schlafzimmer, poliert Kirschbaum mit weiß Ahorn	55 800.— „
1 Speisezimmer, matt Nußbaum mit weiß Ahorn	43 000.— „
1 Schlafzimmer f. Dienstpersonal	6 400.— „
An Einzelheiten sind zu erwähnen:	
Beaufsichtigungskosten für die Einrichtung der Wohnung des Delegierten durch einen besonderen Ingenieur	4 627.— „
Für die Lieferung von Damast	9 282.— „
1 Betthimmelhinterwand aus blauer Seide	954.— „
3 Rohseidedekorationen zu	5 010.— „
2 Steppdecken, rosa Seide, für das Gästezimmer	19 150.— „
1 blauer Seidenvorhang	806.— „
1 Spitzendecke zu	1 300.— „
2 echte Filetdecken zu	300.— „
1 Filetdecke zu	700.— „
1 ovale Decke zu	1 650.— „
1 Filetdecke zu	2 000.— „
1 indischer Teppich zu	1 300.— „
1 Teppich zu	1 275.— „
1 Teppich zu	3 400.— „
1 Teppich zu	3 950.— „
1 Velourteppich zu	2 100.— „
1 Bouchéteppich zu	3 500.— „
1 Teppich für das Ankleidezimmer zu	3 500.— „
1 Schreibzeug mit Löscher zu	1 353.— „
1 Bonbonniere mit Deckel zu	558.— „
1 Federhalter zu	64,70 „
1 Schreibmappe zu	1 695.— „
1 Schreibzeug zu	229.50 „
1 Löscher zu	76.50 „
4 Vasen für zusammen	883.— „

Mit Absicht ist gerade ein englischer Kreisdelegierter ausgesucht worden; denn schließlich ist im besetzten Gebiet ja nur allzu bekannt, daß die Kreisdelegierten anderer Nationalitäten noch weit höhere Ansprüche stellen. Man kann aber die vorstehenden Forderungen so ungefähr als Mittel nehmen. Wenn man dabei bedenkt, daß im ganzen besetzten Gebiet nahezu 100 Kreisdelegierte verstreut sind, und daß ihre Forderungen ebensoviel ausmachen, wie die des englischen Hauptmannes, so kann man sich ein Bild machen, wie ungeheuerlich allein die Last der Kreisdelegierten für das Deutsche Reich ist.

Ein wahrhaft deutscher Bischof.

Unter Teilnahme von über 1000 Priestern aus der großen Diözese Trier, besonders aber auch aus dem Saargebiet, wurde der bisherige Weihbischof von Aachen, Franz Rudolf Bornewasser, auf dem ältesten Bischofsstuhl Deutschlands inthronisiert. Bei der Inthronisation durchbrauste minutenlanger Beifall den Dom, als Pfarrer Dahlhausen für die Erzdiözese Köln sagte: „Der Rhein ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze!“ Als auch im Namen der Trierer Laien der Vorsitzende des Trierer Katholischen Aktionskomitees, Herr Peter Vancolxem, zum Bischof gewandt, in den Dom gerufen hatte: „Wir freuen uns zu wissen, daß wir in Ihnen einen echt-deutschen Bischof begrüßen dürfen. Wir Trierer sind gute Deutsche!“ sagte Bischof Bornewasser:

„Große, ernste, ja entsagungsreiche Arbeit obliegt auch jedem von uns für unsere deutsche Heimat und für unser armes, deutsches Vaterland, das wir lieben mit allen Fasern unseres Herzens. Ferne sei von uns unchristlicher Nationalismus ... Aber seine Heimat, sein Vaterland, sein Volk zu lieben, mit dem den Menschen Abstammung und Blut, Denken und Empfinden, gemeinsame Sitten, Bildung und Erziehung und so viele tausend Fäden der Anhänglichkeit und Dankbarkeit verbinden, das ist des Menschen Recht und des Menschen sittliche Pflicht. Und wenn wir Heimat und Vaterland liebten in jenen Tagen, als sie die Höhenwege des Glückes gingen, dann wollen wir in den Zeiten, wo Vaterland und Volk durch die Täler des Leides wandern mußten, ihnen mit doppelter Liebe angehören, frei von jeder nutzlosen und nur negierenden Kritik mithelfen, wo wir helfen können, damit auch einmal wieder bessere Tage kommen. Mögen auch drückende, furchtbare Lasten auf unseren Schultern ruhen und mag manch bitteres, stilles Leid unsere Seele durchziehen, die Hoffnung auf glücklichere Tage lassen wir uns nicht rauben.“

Es ist hocherfreulich, gerade aus dem Munde eines katholisch-deutschen Bischofs im besetzten Rheinland solch mannhafte Worte zu hören.

Stimmen aus dem Publikum

Kleingärten und Stadtverwaltung.

Aus Kleingärten-Kreisen wird uns geschrieben: Wie planlos Kleingärten angelegt werden, soll nachstehendes Beispiel in aller Oeffentlichkeit zeigen. Durch Erstellung des Industriegeländes der Maschinenbaugesellschaft sind landwirtschaftliche Reststücke für Kleingärten durch die Stadt eingeteilt worden. Dagegen wäre naturgemäß nichts einzuwenden, wenn man das große Bedürfnis nach Kleingärten berücksichtigt. Wenn man aber einer solchen wichtigen Sache näher tritt, so muß man auch an einen Zugangsweg, der zu Fuß und mindestens mit kleinen Wagen gang- und fahrbar ist, denken. Bei der Stadt ist dies jedoch anders. Hauptsache ist, daß Kleingärten da sind. Ob man dahin kommt, um sie bewirtschaften zu können, ist gleichgültig. Die Gärten wurden bekanntlich vergeben, wo noch ein Durchgang der Wattstraße möglich war. Jetzt, wo die Gärten mit vieler Mühe angelegt sind, ist der Weg von der Privateigentümerin, der Maschinenbaugesellschaft, geschlossen worden. Den Kleingärtnern bleibt nun weiter nichts übrig, als entweder mit dem Zeppelin oder durch eine Halbtag-Wanderung bis an das Elektrizitätswerk und am Sonnenbad die Stufen hinauf mit Wagen und Gartengeräten den Weg zu unternehmen. Wenn nun die Kleingärtner nur von Mühlburg wären, wäre es schon eine gewaltige Zumutung, aber auch das nicht; die meisten sind Weststädtler, andere wohnen sogar in der Mittelstadt. Nicht nur, daß man sich um den Weg nicht kümmert, sondern man hat sich auch anscheinend keine Gedanken darüber gemacht, ob eine Wasserversorgung eingerichtet werden kann und was für Schwierigkeiten zur Einrichtung einer solchen im Wege stehen. Es wäre doch besser, sich diese Dinge vor Einteilung von Kleingärten näher zu betrachten und Pächter, die größtenteils den untersten Schichten angehören, nicht in große Schwierigkeiten hineinzuführen. Der Verein der Kleingartenpächter Karlsruhe e. V. hat sich um diese Sache angenommen, und möchte die Stadtverwaltung ersuchen, so bald wie möglich die Angelegenheit zu regeln.

Zu vermieten

Herrschaftliche **Wohnung** in **Berghausen** zu vermieten oder zu tauschen 5 Zimmer, 3 Mansarden, Bad, Garten. Professor **Sackur**, Berghausen, Hauptstraße 21.

Miet-Gesuche

Suche eine **schöne 2 Zimmerwohnung.** Vordringlichkeitskarte vorhanden. Angeb. an **A. Schnebelt,** techn. Leiter, Goethestraße 18.

Gebild. jg. Mann (Beamter, Dauermieter) sucht freundl. **möbl. Zimmer** bis auf 15. Juni. Nähe Garten- bis Südendstr. bevorzugt. Gefl. Angeb. u. Nr. 533 ins Tagblattb.

Offene Stellen

Selbständige Köchin die etwas Hausarb. übernimmt, auf 1. Juni oder später gesucht. 2. Mädchen vorhanden. Frau Prof. **Luft** Karl-Wilhelmstraße 1 Kinderkrankenhaus.

Besseres Mädchen oder einfache Stütze wird als **Alleinmädchen** für sofort oder 1. Juni gesucht. Gehalt zeitentsprechend. Frau Professor **Franzen,** Kriegstraße 47. Tel. 3369. Vorzustellen von 8–1 Uhr und 4–7 Uhr.

Welche **bessere Bürgerstochter** würde mit Hilfe der Hausfrau bei gut. Lohn und tadelloser Verpfleg. sämtl. im Haushalt vorkomm. Arbeiten verrichten? Angeb. unt. Nr. 536 ins Tagblattb.

Zu zwei kleinen Kindern wird bei hohem Lohn u. vorzüglicher Behandlung ein tüchtiges **ehrliches, jüngeres Mädchen** für 1. Juni gesucht. Zweitmädchen vorhanden. Vorzustellen von 12–3 und 6–8 Uhr Kriegstr. 86, 2 Treppen.

Auf 1. Juni tüchtiges **Alleinmädchen** gesucht, das selbständig kochen kann u. die Hausarbeit besorgt. **Seub,** Karlstraße 42.

Ein saubere **Putzfrau** für sofort gesucht. Jollystr. 11 II l.

Für unseren Ausstellungsraum suchen wir zum baldmöglichsten Eintritt eine über gutes Verkaufstalent für die Beleuchtungskörperbranche verfügende, durchaus

gebildete Dame

welche geeignet ist, vornehme Kundschaft zu bedienen. Erwünscht sind Vorkenntnisse in Buchhaltung und Stenographie.

Ausführliche Angebote mit allen Unterlagen und Angabe von Referenzen unter Nr. 501 ins Tagblattbüro erbeten.

Gesucht sofort und auf 1. Juli ältere, kräftige fleißige **Mädchen und Gemüseputzerinnen** bei hohem Tariflohn. Bewerbungen mit Zeugnissen aller früherer Stellen sofort an **Heilstätten Friedrichsheim u. Luisenheim** bei **Kandern** (Baden).

Herrschaftskutscher gesucht, der in der Pflege und im Fahren der Pferde absolut zuverlässig, gewissenhaft und schon mehrere Jahre gleichen Posten versehen hat, sowie über gute Zeugnisse verfügt. Bewerbungen erbeten unter Nr. 534 ans Tagblattbüro.

Männlich

Ein tücht. **Fuhrmann** wird gesucht. Schützenstraße 73, 1. Stock.

Empfehlungen

Perfekte Schneiderin von Straßburg nimmt noch beff. Kundschaft an und gibt gleichzeitig bekannt, daß die Werkstätte von heute ab nach **Karlstraße 49a III** verlegt worden ist. Frau Atanasiu.

Handschuhe reinigt, repariert, färbt **Inkt.** Friedrichsplatz 11.

Ihr Paßbild in wenigen Minuten nur im **Photograph. Atelier,** Herrenstr. 88.

Wäsche wird zum Waschen angenommen. Bohner, Beiertheim, Breitestraße 73.

Verkäufe

Einzigart. Kunstwert. got. Turm, mit Uhr, 310 cm hoch, handgeschnitzt, zu 40 000 ℳ zu verk.: Sofienstraße 182 III l.

Wachsamer Schnauzer 1½-jährig, billig zu verk. **Beiertheim,** Gebhardstraße 52, 1. Stock.

Druckarbeiten aller Art für Behörden, Industrie, Handel, Gewerbe und Private in sachgemäßer preiswerter Ausführung.

Chemigraphische Kunstanstalt Kupfer-Autotypien und Strichätzungen.

Formulare, Werk- und Bilderdrucke. / Große Auflagen auf neuer Illustrations-Rotationsmaschine in kurzer Frist. Wertpapiere: Aktien, Schuldverschreibungen, Schecks, Wertmarken usw. auf Papier mit eigenem Wasserzeichen in Buch- und Steindruck.

C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H. / Buchdruckerei und Verlag

Fernspr. 297 KARLSRUHE Ritterstraße 1.

Besseres **Wohnhaus** mit 3 und 4 Zimmerwohnungen, Bad, Garten, bester Wohnlage, bald beziehb. Wohnung zu verkaufen. **Gebr. Gänswein** Karlsruhe Kaiserallee 65. Tel. 2071

Sehr schön. Mahagoni-Salon-Einrichtung bestehend in Sofa mit Umbau, Silberschrank, Tisch, Büstenständer, 2 Fauteuils, 2 Stühlen u. Teppich habe ich im Auftr. zu verk. Preis 21000 ℳ. **D. Funk,** Polster- und Tapeziergesch. **Durlach,** Hauptstraße 6.

Zu verkaufen: Drehstrom-Motore 120/220 und 380 Volt ⅓, 1,5 10, und 25 PS. **Jakob Leonhard,** Elektr. Inst.-Geschäft **Karlsruhe** Rüppurrerstr. 90 Telephon 4942.

Ein gut erhaltener **Bechsteinflügel** ist umständehalber sehr preiswert zu verkaufen. Wo? sagt das Tagblattbüro.

Futterkartoffeln im Auftrag bill. zu verk. **Fr. Dörflinger,** Rintheimerstraße 28. Telefon 4181

Kaufgesuche

Gebr. Möbel jeder Art sowie ganze Haushaltungen werden zu reellen Preisen an- u. verkauft. Möbelgeschäft **Karl Weidemann,** Kapellenstraße 52.

Auto **fahrbereit,** wenn auch etwas defekt, zu kaufen gesucht. Angebote mit äußerstem Preis unter Nr. 538 ins Tagblattb.

Dezimalwage bis 500 kg Tragkraft, saubere Korbflaschen, alle Größen, runde Bonbonsgläser, Blechdosen, weiße Literflaschen zu kaufen gesucht: Werderstraße 11, **Seitenbau.**

Aus Privatbesitz schnellstens zu kaufen ges. **ein größerer Brillantring** für Herrn, desgleichen **Brillantbrosche Brillantohrringe** mögl. größ. Steine Preishöhe kommt nicht in Frage Nur schriftliche Angebote, auch von auswärts, unt. Nr. 541 ins Tagblattbüro erbeten.

Schreibmaschine erstkl. System, unt. Ang. d. äuß. Preises zu kaufen ges. **L. Schiffmacher,** Gartenstraße 58, II.

2 Perserteppiche od. **Perser-Brücken** sowie **Verbinder** schnellstens geg. beste Bezahlg. **zu kaufen gesucht.** Angebote unter Nr. 540 ins Tagblattbüro erbet.

Alte Gemälde insbes. **Niederländer,** von Privatsammler (derzeit nächst dort anwesend) zu guten Preisen gesucht. Offerten unter D. 5358 an Annoncen-Expedition **D. Frenz,** G. m. b. H. **Wiesbaden.**

Alte Silber-, Gold- u. Platin-Gegenstände zu gewerblichen Zwecken kauft zu **höchsten Tagespreisen Hermann Gengenbach** Goldschmied und Juwelier Kaiserstraße 243.

Gebrauchte Uhren aller Art sowie **Regulateure,** wenn auch reparaturbedürftig, kaufe fortwährend, auch **Zahngebisse** und zahle von 30 ℳ an und mehr pro Zahn. **J. Gelman,** Uhrmacher, Zähringerstr. 36.

Alteisen, Altmetalle, Metallabfälle, Späne und Aschen, wie **Altpapier, Zeitungen und Akten** kauft stets zu höchsten Tagespreisen **Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.** Beiertheimer Allee 8 Tel. 801 u. 702.

Flaschen Wein-, Bordeaux- und Sektflaschen kauft fortwährend zu höchsten Preisen. **Chr. Baier, Flaschengroßhandlung,** Karlsruhe i. B., Werderstr. 72–74 Tel. 3554.

Alt-Gold Silber — Platin-Gegenstände Gebisse, Brennstifte, kauft zu höchstem Preis **L. Theilacker,** Uhrmacher, Hebelstr. 23, gegenüb. „Kaffee Bauer.“

Bester Zahler für getrag. Kleider, Schuhe Weißzeug, AltEisen, Metall, Lumpen, Papier, Pfandscheine, Keller- u. Speicherkram, Sekt- und Weinflaschen. **J. Brief,** Fasanenstraße 35.

Handwagen 4 räderig mit Federn zu kaufen gesucht. **Jak. Preß** Luisenstraße 45.

Flaschen. Alle Sorten Wein-, Cognac-, Sekt-, Arznei-, Tintenflaschen usw. kauft zu höchsten Preisen und holt ab **Flaschenverwertungs-Gesellschaft m. b. H.** Tel. 1951. Durl. Allee 25.

Sozialismus und Handwerk.

„Lehrling ist, wer was begann; Geselle ist, wer was kann; Meister ist, wer was ersann," mit diesem alten deutschen Zunftwort leitete letzte Woche in der Donnerstagssitzung des Reichstages der Abgeordnete Beythien eine sehr wirkungsvolle Rede ein, in der er gegen den Versuch der Sozialdemokratie protestierte, durch Einbringung eines Antrages in der Lehrlingsfrage bei der Besprechung des Haushaltes des Reichsarbeitsministeriums das Handwerk zu untergraben. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Handwerk ist durch ihre Tendenz zur Gleichmacherei gegeben. Das Handwerk beruht auf der Einzelpersönlichkeit und kann nur gedeihen, wo die Einzelpersönlichkeit die Möglichkeit zu freier Entfaltung hat, während der Sozialismus sein Ideal in dem Untergang und der Einordnung des Einzelnen in der Masse sieht. Die Sozialdemokratie versucht infolgedessen bei jeder Gelegenheit, das Handwerk zu unterhöhlen und zu Fall zu bringen. Auch der jetzt von ihr eingebrachte oben erwähnte Antrag sollte diesem Zwecke dienen. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Lehrlinge sollen durch Tarifvertrag geregelt werden. Das persönliche Lehr- und Lernverhältnis, welches den Meister mit seinen Lehrlingen verbindet, wollte man damit stören, und an Stelle des gegenseitigen Vertrauens sollte der Gewerkschaftsbeamte und der für ganze Berufe abgeschlossene Tarifvertrag treten. Ferner wollte der sozialdemokratische Antrag die Arbeitszeit der Lehrlinge unter 16 Jahren auf sechs, über 16 Jahren auf höchstens acht Stunden pro Tag beschränken. Dazu sollte der Sonnabend-Nachmittag freibleiben und im Sommer zusammenhängende längere Ferien gewährt werden. Abgeordneter Beythien führte demgegenüber aus, daß die Jugend wieder mit altem Pflichtbewußtsein erfüllt werden müsse; man könne sie ruhig einmal scharf herannehmen. Daß die Zucht nicht überspannt werden darf, ist selbstverständlich. Heute aber wird in der Jugend schon das Gefühl großgezüchtet, daß sie wunder was vorstelle. Der Lehrling ist in seinem Beruf überhaupt nichts, ehe er Geselle wird. Diese früher so selbstverständliche Feststellung wurde von der Linken mit lärmenden Zurufen aufgenommen. Die Linken wollen den Lehrlingen viel freie Zeit lassen, sie fühlen aber offenbar selbst, daß sie den jungen Menschen etwas bieten müssen, um diese freie Zeit nützlich auszufüllen. Die größere fachliche Ausbildung, die gefordert wird, soll wohl dazu dienen. Eine Utopie aber ist es, in nennenswertem Maße den Unterricht vermehren zu wollen, denn dazu fehlen Lehrkräfte und Geldmittel. Das viele Geld, welches jetzt oft in den Händen der Jugendlichen ist, setzt sie — besonders in den Großstädten — nur sittlichen und gesundheitlichen Gefahren aus. Die Sozialdemokratie hat für das Handwerk kein Herz. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Aus dem Stadtkreise

Christi Himmelfahrt.

Der Festtag, den die christliche Kirche einsetzte, um die Vollendung des Erdenlebens Christi zu feiern, hat auch eine vorchristliche Geschichte. Lange ehe das Christentum in Deutschland Eingang fand, hatten die Germanen im Frühling ein großes Donarfest gefeiert und zwar immer an einem Donnerstag, dem Tag, der dem mächtigen Donnergott besonders geweiht war. Mit der Feier von Donars großem Ehrentag waren natürlich auch alle möglichen Bräuche verbunden, hauptsächlich Schutzbräuche, denn mehr als je drohte jedem Menschen, der sich am Donarfest gegen den Gott verfehlte, der vernichtende Blitzstrahl aus seiner Hand geschleudert. Der Glaube an Donar, sein wildes Heer und sein Ziegengespann vor dem Donnerwagen, ist längst zur Sage geworden, allein die Bräuche, die der Furcht vor seinem Blitzstrahl entsprangen und ihn ableiten sollen, sind dem Tag, ungeachtet der christlichen Bedeutung, die man ihm im 4. Jahrhundert verliehen hat, bis heute treu geblieben. Wer am Himmelfahrtstag eine schwere Arbeit verrichtet, besonders aber wer näht oder gar ein Kleid trägt, das am Festtag genäht wurde, wird unfehlbar vom Blitz erschlagen. Um die Feldfrucht vor Wetterschaden zu bewahren, werden feierliche Flurumzüge veranstaltet; Haus und Hof schützt man dadurch, daß man am Festmorgen gewisse Blumen pflückt — in den verschiedenen Gegenden hat man verschiedene Himmelfahrtsblumen — sie zu Kränzen windet und dann über die Türen hängt.

Gewöhnlich wird der Himmelfahrtstag inmitten der maigrünen Natur gefeiert. Fast allgemein verbreitet war, wie uns die Chronik berichtet, in früherer Zeit der Brauch, am Himmelfahrtstag ein „wild Gelag" abzuhalten, bei dem besonders dem Bier zugesprochen wurde. Auch Wettlaufen und Preisspiele waren beliebte Festvergnügen oder das lustige Herumführen der „Maibraut"; gelegentlich gab es auch ein lärmendes „Teufelstreiben", wobei ein als Teufel verkleideter Bursche in sausender Eile so lange durchs Dorf getrieben wurde, bis er die Teufelskleider von sich warf.

Zur Erinnerung an die Himmelfahrt des Herrn am 40. Tage nach Ostern hat man an der Stelle, an der nach der Ueberlieferung die wunderbare Erscheinung stattgefunden haben soll, eine Kapelle, die sog. Himmelfahrtskapelle, errichtet. Sie steht nahe dem Oelberg, bei Jerusalem und zwar da, wo sich seinerzeit die riesige Rotunde Kaiser Konstantins erhob. Obwohl die Kapelle im Besitz eines Mohammedaners ist, wird alljährlich am Himmelfahrtstag ein feierlicher christlicher Gottesdienst an dieser bedeutsamen Erinnerungsstätte abgehalten.

Weitere Erhöhung des Tarifs der städtischen Straßenbahn und der Lokalbahnen.

In den Beförderungsbedingungen der städtischen Straßenbahn treten und zwar für die Monatskarten mit dem 31. Mai 1922, für alle übrigen Fahrtausweise mit dem 2. Juni folgende Aenderungen ein:

1. Bartarif (einfache Fahrscheine): bis 5 Teilstrecken seither 2.50 M, künftig 3.00 M; an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen seither 2.50 M, künftig 4.00 M; über 5 Teilstrecken seither 4.00 M, künftig 5.00 M.

2. Ermäßigte Fahrscheine (Fahrscheinhefte): bis 2 Teilstrecken (12 Scheine) seither 18.00 M, künftig 20.00 M; bis 5 Teilstrecken (12 Scheine) seither 25.00 M, künftig 30.00 M; über 5 Teilstrecken (8 Scheine) seither 25.000 M, künftig 30.00 M.

3. Monatskarten: bis 3 Teilstrecken seither 125.00 M, künftig 150.00 M; bis 6 Teilstrecken seither 160.00 M, künftig 190.000 M; bis 9 Teilstrecken seither 210.00 M, künftig 240.000 M; ganzes Netz seither 300.00 M, künftig 330.00 M.

4. Schülerwochenkarten: a) für 2 Fahrten täglich: bis 5 Teilstrecken seither 6.00 M, künftig 7.00 M; über 5 Teilstrecken seither 8.00 M, künftig 9.00 M; b) für 4 Fahrten täglich: bis 5 Teilstrecken seither 8.00 M, künftig 9.00 M; über 5 Teilstrecken seith. 10.00 M, künft. 11.00 M.

5. Lehrlingswochenkarten: Die Lehrlingswochenkarten werden entsprechend den Schülerwochenkarten erhöht.

6. Zwickkarten: a) für Kriegsbeschädigte seither 70.00 M, künftig 90.00 M (der Kriegsbeschädigte zahlt hiervon die Hälfte, die andere Hälfte trägt die Stadt; b) für städtische Stellen seither 80.00 M, künftig 100.00 M.

7. Sonderwagen. Für eine Teilstrecke 30 M, mindestens jedoch für einen Wagen 120 M.

Wer ohne gültigen Fahrtausweis im Wagen betroffen wird, hat für die zurückgelegte Strecke eine Gebühr von 10 M zu zahlen und für die weitere Fahrt einen Fahrtausweis zu lösen.

Lehrlingskarten werden gewährt, wenn das Einkommen des Lehrlings den Betrag von 800 Mark monatlich nicht übersteigt.

Der § 9 der Beförderungsbedingungen erhält folgende Fassung: Jeder Fahrtausweis, mit Ausnahme der Wochenkarten und Zwickkarten jeglicher Art, berechtigt den Inhaber, ein Kind unter 6 Jahren unentgeltlich mitzunehmen, sofern für dieses kein besonderer Sitzplatz beansprucht wird. Im übrigen werden Kinder bis zum 14. Lebensjahre ohne Rücksicht auf die Länge der Strecke auf eine Kinderfahrkarte zum Preise von 1.50 M befördert.

Auch der Personentarif der Karlsruher Lokalbahn wird erhöht.

Entrichtung der Luxussteuer und der erhöhten Umsatzsteuer durch Privatpersonen.

P.A. Vom 1. Juli ds. Js. an muß im Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe die Luxussteuer beim Verkauf von bestimmten Luxusgegenständen aus privater Hand nach § 23 Absatz 1 Nr. 3 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 und die erhöhte Umsatzsteuer bei Uebernahme von Anzeigen und bei Vermieten von eingerichteten Schlaf- und Wohnräumen zu vorübergehendem Aufenthalt durch Privatpersonen nach § 25 Absatz 1 Nr. 1 und 2 und Absatz 2 des genannten Gesetzes durch Zahlung an das für den Lieferer (Verkäufer) des Luxusgegenstandes oder den Uebernehmer der Anzeige oder den Vermieter der Räume zuständige Finanzamt entrichtet werden. Die in dem § 184 Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz neben der Barzahlung vorgesehene Verwendung von Umsatzsteuermarken ist von dem genannten Zeitpunkt an nicht mehr zugelassen.

Züge gelegentlich der Heidelberger Schloßbeleuchtung.

Außer den Kurszügen fahren heute noch einige Sonderzüge. Der Eilgüterzug Karlsruhe ab 1.10, Heidelberg an 4.00 Uhr wird verstärkt gefahren. 5.25 Uhr geht ein Vorzug ab, der 7.17 in Heidelberg eintrifft. 10.26 geht nach der Schloßbeleuchtung ein Sonderzug ab, der in Karlsruhe 12.12 eintrifft. Der Schnellzug Heidelberg ab 10.44 trifft in Karlsruhe 11.50 ein.

*

Erhöhte Stadtgarteneintrittspreise. Wie aus dem amtlichen Sitzungsbericht des Stadtrates ersichtlich war, treten ab 1. Juni d. Js. für alle Karten zum Besuche des Stadtgartens und zwar sowohl der Dauerkarten, als der Tageskarten namhafte Erhöhungen ein, sie betragen durchschnittlich 50 Prozent des seitherigen Preises. Es empfiehlt sich deshalb sehr, Dauerkarten (Jahreskarten) für den Stadtgarten, die noch bis zum 31. März 1923 Gültigkeit haben, zu den seitherigen niedereren Preisen noch vor dem 1. Juni d. Js. zu lösen, da von diesem Tage an die höheren Preise in Gültigkeit treten.

Der Bürgerausschuß wird auf Dienstag, den 30. Mai zu einer Sitzung zusammenberufen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Erhöhung der Gebühren im Schlacht- und Viehhof. Erhöhung der Gebühren im Bestattungswesen. Erhöhung der Wochenmarktsgebühren. Erhöhung der Desinfektionsgebühren. Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Bühnenjubiläum. Eines der hervorragendsten Mitglieder des Badischen Landestheaters, Kammersänger Max Büttner, feiert am 24. Juni sein 40jähriges Bühnenjubiläum.

Fremdenverkehr. Amtlich wird bekanntgegeben: Für die Ausländer, die sich in Baden nicht nur vorübergehend aufhalten wollen, war schon bisher vorgeschrieben, daß ihnen von den deutschen Vertretungen im Ausland nur mit Zustimmung badischer Behörden Einreisesichtvermerke erteilt werden. Außerdem besteht für alle Ausländer persönliche Meldepflicht. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, daß allen Ausländern, deren Aufenthalt nicht zu beanstanden ist, eine Aufenthaltsbescheinigung erteilt wird und zwar von dem örtlich zuständigen Bezirksamt im Einvernehmen mit der Gemeindebehörde. Wer sich mehr als 14 Tage in Baden aufhalten will, soll diese Erlaubnis schon vor der Zureise einholen, im übrigen ist für die Einholung der Erlaubnis eine Frist von 3 Tagen nach Ankunft gewährt und es bedarf ein Aufenthalt von nur 3 Tagen überhaupt keiner Aufenthaltsbescheinigung. Für Ausländer, die sich an mehreren Orten aufhalten wollen und für geschäftliche Reisen sind besondere Bestimmungen vorgesehen. Für die Aufenthaltsbescheinigung ist eine Taxe zu entrichten, die nach der Dauer des Aufenthalts und den sonst in Betracht kommenden Umständen abgestuft ist. Es ist zu hoffen, daß durch diese Ergänzung der Bestimmungen über den Aufenthalt von Ausländern bisher hervorgetretenen Mißständen begegnet werden kann, ohne daß der Fremdenverkehr in einer für die badische Fremdenindustrie fühlbaren Weise beeinträchtigt wird.

Unzulässige Firmenbezeichnungen. Von dem Badischen Industrie- und Handelstag war darauf hingewiesen worden, daß sich in steigendem Maße die Unsitte ausbreitet, die Firmenbezeichnung in marktschreierischer Weise zu mißbrauchen und daß sich kleine Betriebe hochtönende Firmennamen beilegen, die zu Irrtümern über Art und Umfang des Unternehmens Anlaß geben. Dadurch werde das Ansehen des gediegenen Handels und Gewerbes geschädigt. Das Justizministerium, wie das Ministerium des Innern haben die in Frage kommenden Stellen (Registergerichte, Amtsgerichte, Notariate, Verwaltungsbehörden) angewiesen, auf die Beseitigung dieser Unsitte im Benehmen mit der Handelskammer hinzuwirken.

Orthopädische Versorgungsstellen. Zur Durchführung einer schnellen und zweckmäßigen orthopädischen Versorgung der Beschädigten sind nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums an 62 Orten des Reiches von Fachärzten geleitete orthopädische Versorgungsstellen eingerichtet worden, die in Verbindung mit orthopädischen Werkstätten, orthopädischen Abteilungen der Versorgungskrankenhäuser, Universitätskliniken, Krüppelheimen sowie orthopädischen Privatfirmen stehen und im Rahmen der geltenden Bestimmungen die orthopädische Versorgung der Beschädigten selbständig durchführen. Eine Inanspruchnahme der Versorgungsämter durch die Beschädigten in allen die orthopädische Versorgung betreffenden Angelegenheiten ist daher im allgemeinen nicht mehr erforderlich. Auf Grund des genannten Erlasses beantragt der Beschädigte schriftlich oder mündlich das orthopädische Hilfsmittel unmittelbar bei der für seinen Wohnsitz zuständigen orthopädischen Versorgungsstelle, die den Antrag prüft, gegebenenfalls genehmigt und das erforderliche orthopädische Hilfsmittel bei dem Unternehmer in Auftrag gibt. Kleinere Hilfsmittel können auch bei den Krankenkassen beantragt und von diesen geliefert werden. Befindet sich der Beschädigte in einem Versorgungskrankenhaus, so regelt dieses die orthopädische Versorgung. Kleinere Instandsetzungsarbeiten bis zum Betrage von 50 Mk. können Beschädigte selbst ausführen lassen, jedoch dürfen die Instandsetzungen nur durch erfahrene Fachhandwerker erfolgen. Eigenmächtige Aenderungen an der Bauart des Kunstgliedes dürfen nicht vorgenommen werden. Den Wünschen des Beschädigten in der Wahl der Firma, bei der er das Kunstglied usw. herstellen lassen will, soll möglichst Rechnung getragen werden, sofern nicht der Facharzt aus sachlichen Gründen eine andere Entscheidung treffen muß. Die Abnahme und Anprobe von besonders kostspieligen oder schwierigen Neuanfertigungen und Instandsetzungen findet möglichst in der orthopädischen Versorgungsstelle oder an den orthopädischen Sprechtagen, die im Bedarfsfalle in bestimmten Zwischenräumen an den größeren Orten abgehalten werden, in Gegenwart des verordnenden Facharztes und möglichst auch des Unternehmers statt. Bei anderen Anschaffungen und Instandsetzungen kann zur Ersparung von Zeit und Kosten von der Abnahme durch die orthopädische Versorgungsstelle abgesehen werden, wenn die Abnahme auf anderem Wege, etwa durch Zuziehung von Vertrauensärzten, sichergestellt werden kann. In solchen Fällen muß die zuständige orthopädische Versorgungsstelle von der erfolgten Abnahme Mitteilung erhalten. Die Fahrtkosten, Ausgaben für Verpflegung, Unterkunft, entgangenen Arbeitsverdienst usw. in den Fällen, in denen Beschädigte zur Anpassung von Körperersatzstücken zu orthopädischen Versorgungsstellen einberufen werden, werden durch die Kassen der orthopädischen Versorgungsstellen oder des zuständigen Versorgungsamts erstattet.

Unfälle: Ein Arbeiter von hier kam beim Radfahren vor dem Konzerthaus mit seinem Rade zwischen die Schienen der Straßenbahn, kam zu Fall, zog sich eine Gehirnerschütterung zu und mußte ins Städt. Krankenhaus gebracht werden. — Am Montag nachm. geriet ein 51 Jahre alter Lagerarbeiter von hier mit dem rechten Bein unter sein Fuhrwerk und erlitt eine starke Quetschung des Unterschenkels, die seine Aufnahme in das Städt. Krankenhaus erforderlich machte.

Verhaftet wurden: Ein Schneider aus Steinmauern wegen Diebstahls, ein Schreibgehilfe aus Baden-Baden wegen Sittlichkeitsvergehens, ein Kaufmann, der vom Landgericht Berlin zur Verhaftung ausgeschrieben war, ein Reisender und ein Student wegen Uebertretung der Ausländermeldevorschriften.

Chronik der Vereine.

Freiwillige Feuerwehr. Wie nun endgültig beschlossen, begeht die Freiwillige Feuerwehr vom 16.—18. September d. J. die Feier ihres 75jährigen Bestehens. In Anbetracht der Zeitverhältnisse wurde von einer größeren Feier Abstand genommen, doch ganz stillschweigend soll ein für das Korps bedeutungsvoller Tag nicht vorüber gehen. Für die Veranstaltung ist folgendes Programm vorgesehen: Am Samstag findet eine Sitzung des Ausschusses des Badischen Landesfeuerwehr-Verbandes statt, der sich abends 8 Uhr im kleinen Saale der Festhalle ein Festbankett mit verschiedenen Darbietungen anschließt. Sonntag vormittag 11 Uhr wird am Steighause auf dem sog. Engländerplätzchen eine Schulübung sämtlicher Kompagnien und der Feuerwache stattfinden; anschließend folgt eine große Schauübung am Schloß. Nach dem Festessen und dem Mittagstisch in verschiedenen Lokalitäten ist im Stadtgarten Konzert von der Feuerwehr-Kapelle vorgesehen und abends im großen Saale der Festhalle „Festball." Montag bei günstiger Witterung Ausflug nach Durlach auf den Turmberg. Aus Anlaß der Feier ist die Herausgabe einer kleinen Festschrift geplant, die die Entwicklung der Freiwilligen Feuerwehr seit der letzten 25 Jahre enthalten soll. Die einzelnen Kommissionen zur Vorbereitung der Feier sind bereits bestimmt. Die hiesige Feuerwehr darf auf eine ersprießliche Tätigkeit zurückblicken; sie hat in den 75 Jahren ihres Bestehens nicht nur der Stadt und ihrer Einwohnerschaft große Dienste geleistet, sondern sie hat auch der Stadtverwaltung und den Steuerzahlern die heute fast unerschwinglichen Kosten der Unterhaltung einer Berufsfeuerwehr erspart. In Würdigung dieser vielfachen Verdienste werden sowohl die Stadtverwaltung als auch verschiedene industrielle Unternehmungen der Veranstaltung ihre Unterstützung nicht versagen, um die Feier zu einer in jeder Hinsicht würdigen zu gestalten.

Die „Badische Heimat", Verein für Volkskunde, ländliche Wohlfahrtspflege und Heimatschutz hatte den Dienstagabend der deutschen Volksdichtung des 16. Jahrhunderts gewidmet. Die Vorführungen boten eine Wiederholung der im „Karlsruher Tagblatt" seinerzeit gewürdigten Gymnasiumsfeier an Ostern d. J. Wiederum erfreuten die durch Prof. Dr. Krackert meisterlich einstudierten und mit kennerischem Griff aus der unübersehbaren Fülle der Hans Sachszeit ausgewählten Proben eine große Zuhörerschaft, um so mehr als das Schülerorchester unter Leitung des Musiklehrers Bruder weitere Farben in die Veranstaltung trug. Den Kernpunkt bildete wie ehedem das Hans Sachs'sche Fastnachtsspiel „Der Roßdieb zu Fünsing", das von dem fröhlichen und eifrigen Jungmannenquartett Umminger, Roos, Georgi und Kley fürtrefflich war exekutieret worden. Den Herold sprach wirkungsvoll: Wild, einen Lutherspruch: Klein, eine Sebastian Brantsche Philippika: Köhler, als Sänger zeichnete sich in der Silberweis Liede aus. Auch die jüngeren Schüler verdienten sich berechtigten Beifall. Der Abend bot ein schönes Bild geistiger Pflege und uneigennütziger Hingabe.

Mitteilung des Bad. Landestheaters.

Der Erstaufführung von Rabindranath Tagores „Postamt" am Freitag, den 26. Mai schließt sich eine Neueinstudierung von Shakespeares „Komödie der Irrungen" an, die damit nach zweiundvierzig Jahren zum erstenmal wieder auf unserm Spielplan erscheint. Bekanntlich fand der Dichter die Vorlage zu dieser köstlich übermütigen Verwechselungskomödie in den „Menachmen" des Plautus, steigerte aber die burleske Komik der Vorgänge noch durch die Einführung eines zweiten Zwillingsbrudervaares und fügte andererseits der Handlung in weiser Ausgleichsökonomie die romantischen Schicksale des Aegeon und der Aemilia als ernsteren Hintergrund hinzu; in diesem Spiel voll sprühendster Laune verlieren alle Fragen nach der Wahrscheinlichkeit der Vorgänge jegliche Berechtigung und unbeschwert von solcherlei Bedenken schwingt sich die Phantasie auf den Flügeln des verwegensten Humors ins luftige Reich des Unwirklichen. Für die „Komödie der Irrungen" ist ein einheitlicher Schauplatz gewählt, sodaß das sprudelnde Tempo der Begebenheiten durch keinen Szenenwechsel unterbrochen zu werden braucht.

Veranstaltungen.

Im „Fridericus Rex", zweiter Teil, Vater und Sohn, der jetzt in den Residenzlichtspielen läuft, treten vorwiegend die menschlichen Züge der Hauptbelden in einer Reihe von Episoden plastisch in die Erscheinung. Sehr ergreifend wirkt der Tod des Königs, der, in dem Bewußtsein, seinem Sohne eine Armee geschaffen zu haben, sich kurz vorher noch einmal einen Vorbeimarsch ansieht. Schon in diesem Teil ist zu erkennen, wie das Beispiel des strengen Vaters die Selbstzucht des Sohnes beeinflußt hat, der nun von seinen Aufgaben und Pflichten gegenüber dem Staat durchdrungen wird. Vorübergehende Ablenkungen werden rasch überwunden, und der Zuschauer erlebt, wie hier der Mann herangereift ist. Das alles ist in anmutigen und fesselnden Bildern festgehalten, die der Besucher mit reiner Freude genießt. Ohne Zweifel verdient das historisch bedeutsame Filmwerk das allgemeine Interesse, das ihm entgegen gebracht wird und das auch für die noch zu erwartenden Teile festzustellen sein wird.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 23. Mai: Christian Braun von hier, Kesselschmied hier, mit Luise Brendel, geb. Freytag, von München; Karl Drumm von Pforzheim, Heizer hier, mit Lina Kirchner von Knielingen; Wilhelm Schnürer von Mannheim, Buchhalter hier, mit Emma Nagel von T.-Neureuth; Heinrich Hack von Heidelberg, Pol.-Wachtmstr. allda, mit Anna Bühler von Freiburg.

Geburten. 16. Mai: Lotte Frieda, Vater Eugen Meverer, Fabrikarbeiter. — 17. Mai: Karl Wilhelm, Vater Karl Wittlinger, Schreiner. — 18. Mai: Eleonore Charlotte Clothilde, Vater Friedrich Schott, Kfm. — 19. Mai: Ernst August, Vater August Lieber, Gerichtsangestellter. — 20. Mai: Karl, Vater Karl Nagel, Metzger und Wirt; Karl Gust. Otto, Vater Gust. Hall, Postsekretär.

Todesfälle. 23. Mai: Fritz Metz, led., Schlosser, alt 19 Jahre; Abigail, alt 1 Jahr, 27 Tage, Vater Ga. Martolf, Landg.-Sekr.; Bernhard Reiß, led., Postbelfer, alt 25 Jahre.

Gerichtssaal

t. **Karlsruhe,** 24. Mai. Nicht weniger als 13 Personen standen heute wegen Diebstahls in einer ganzen Reihe schwerer und leichterer Fälle vor der Strafkammer IV des hiesigen Landgerichts. Die Diebstähle reichen zum Teil noch in die letzten Kriegsjahre hinein. Die Angeklagten, die in Philippsburg beheimatet oder wohnhaft und zum Teil untereinander verwandt und verschwägert sind, sind mit drei Ausnahmen mehr oder minder bestraft. Gestohlen wurden in Philippsburg und Umgebung Lebens- und Genußmittel, Kleidungsstücke, Bahngüter, eine landw. Maschine aus Heeresbeständen der 1918 zurückziehenden Truppen fand ebenfalls bei den Angeklagten Liebhaber, die auch aus einem Eisenbahnpersonenwagen den Plüschbezug der 1. und 2. Wagenklasse meterweise ausschnitten und mitnahmen. Die Hauptangeklagten Robert Zieger, Heinrich Kirschner und Wilh. Rau, sämtliche Taglöhner aus Philippsburg sowie der Kaufmann Emil Bodmer aus Lahr erhielten unter Anrechnung früherer Strafen Gefängnisstrafen von 2 Jahren bezw. 2 Jahren 6 Monaten, 2 Jahren 3 Monaten, 1 Jahr 3 Wochen. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 3 bis 5 Monaten oder Geldstrafen von 800 und 1500 Mark. Den Angeklagten Bodmer und Georg Schneider, Glaser aus Würzburg, wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

Tagesanzeiger.

Donnerstag, den 25. Mai 1922.

Bad. Landestheater: „Don Juan." 6½ bis 9½ Uhr.

Städt. Konzerthaus: Vormittags ½11 Uhr: Badische Lichtspiele. — „Der Kaufmann von Venedig." Abends 7—10 Uhr.

Städt. Festhalle: Christl. Sängerbund. Kreissängerfest. Nachmittags 3 Uhr.

Stadtgarten: Konzert der Harmoniekapelle. Nachmittags 4—7 Uhr.

Colosseum: Bauerntheater. 8 Uhr.

Gesangverein Badenia: Waldausflug. Abmarsch 9 Uhr vom Tivoli.

Schützengesellschaft Karlsruhe: Vormittags 9—12 Uhr Uebungsschießen.

Beiertheimer Fußballverein: 1. Mannschaft gegen F. Vg. Schwetzingen.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 23. Mai (abends).

Belgien	2400	Schweiz	5500
Paris	2630	London	1302
Neuyork	293	Italien	1490
Holland	11200		

Tendenz: schwächer

*

Vom Mannheimer Chemikalienmarkte.

K. **Mannheim,** 23. Mai.

Nachdem in den letzten Tagen die Stimmung an dem Chemikalienmarkte wesentlich fester geworden war, zeigte sich heute eine unentschiedene Haltung. Die Käufer zeigten eine größere Zurückhaltung, da sie infolge günstiger lautenden Nachrichten aus Paris in bezug auf den Verlauf der Reparationsverhandlungen, glauben, daß die deutsche Mark eine Besserung erfahren dürfte, was alsdann eine Rückwirkung auf die Warenmärkte im allgemeinen zur Folge haben dürfte. Man nannte Schwefel, gemahlen, dopp. raff., inkl. Papiersackpackung mit 1350 M., Ammoniak-Alaunkristall, erstklassiges Fabrikat, inkl. Sackpackung 940 M., Buchenholzteer, flüssig, einschließlich Faßpackung, 430 M., Carbolineum, Ia, exkl. Faßpackung, 600 M., Eisenvitriol, krist., grün, handelsübliche Ware, einschl. Sackpackung, 475 M., Formaldehyd, 30 Prozent, handelsübliche Ware, exkl. Ballons, 7000 M., Glaubersalz, feinkrist., handelsübliche Ware, lose verladen, 250 M., Terpentinöl, Ia deutsch, gar. rein, exkl. Leiheisenfaß, 7000 M., Alaunkristallmehl, Kali grob, erstklassiges Fabrikat, inkl. Jutesäcken, 950 M., Ameisensäure, chem. rein, 50 Prozent, exkl. Korbflasche, 2250 M., alles per 100 kg, ab Lager oder Nähe Mannheim.

Börse — Handel — Industrie — Gewerbe.

Mannheimer Effektenbörse.

K. **Mannheim,** 24. Mai. (Drahtber.). Die Börse bekundete bei den meisten Gebieten schwächere Haltung. Es notierten Anilin 740 Geld, Verein Deutscher Oelfabriken 895 Brief, Benz 480 Geld, 485 Brief, Zuckerf. Frankenthal 880 Brief und Zukkerfabrik Waghäusel 870 Brief. Geschäft war in Dampfkessel Rodberg zu 770 Prozent und in Mannheimer Gummiaktien zu 750 Prozent. Die Aktien der Kostheimer Zellulose blieben zu 850 Prozent gefragt.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.,** 24. Mai. Die Börse eröffnete den heutigen Verkehr in schwacher Haltung. Eine besondere Geschäftstätigkeit konnte sich schon mit Rücksicht auf die Unterbrechung wegen des morgigen Feiertages nicht entfalten, da es an Anregung fehlte. In Uebereinstimmung mit den stärkeren Schwankungen am Devisenmarkte zeigten Ausandswerte keine Einheitichkeit. Lebhafter wurden im Anschluß an die Wiener Börse Ungarische Rente gehandelt, die im freien Markte bis 400 umgesetzt wurden. Ungarische Kronenrenten gefragt, desgleichen Zolltürken, 290. Mexikanische Anleihen schwächer. 5proz. Goldmexikaner 4600, minus 50.

Dollarnoten wiesen auf den Zusammentritt des Anleiheausschusses der Reparationskommision eine unsichere Tendenz auf. Der Dollar wurde genannt 293—298—294—291. Man ist im Augenblick den Verhandlungen gegenüber optimistischer gestimmt. Bei üblichem stillen Geschäft war die Kursbewegung am Montanmarkt sehr bescheiden, doch zeigte sich sehr bad Abgabeneigung. Es sind Kurseinbussen bis zu 40 Prozent zu verzeichnen. Stärker gedrückt waren Mannesmann. Harpener, Deutsch-Luxemburg büßten je 30 Prozent ein. Auto-, Metall- und Maschinenfabrikaktien — Daimler bei erster Notiz 10 Prozent, Hirsch-Kupfer 24, Karlsruher 25 Prozent — niedriger. Auch in chemischen Aktien war die Stimmung schwach, Holzverkohlung verloren 39 Prozent. Scheideanstalt anfangs fester. Unter den Elektropapieren sind Felten & Guilleaume, A.E.G. rückgängig. Am Einheitsmarkt sind bei sehr geringem Geschäft Kursrückgänge zu verzeichnen. Schiffahrtsaktien gaben nach. Fest lagen Oesterreichische Staatsbahn. Im weiteren Verlauf blieb das Geschäft still, nur Ungarische Renten bewegten sich bei größeren Umsätzen weiter nach oben, zeitweise bis 415 genannt. Deutsche Petroleum 2150, Benz-Motoren 480. Der Schluß gestaltete sich in Anbetracht der schwachen Devisenpreise recht unregelmäßig und vorwiegend schwach. Privatdiskont 4½ Prozent.

Berliner Börse.

w. **Berlin,** 24. Mai. Das Schwanken der Devisenkurse, je nach der wechselnden Auffassung über die Anleiheaussichten verstärkte am Effektenmarkte die Neigung zur Zurückhaltung. Infolge der geringen Unternehmungslust bewirkte geringes Angebot bei Beginn des Verkehrs in einzelnen Fällen recht erhebliche Rückgänge. So verloren bei Beginn Hoesch 95, Laurahütte 90, Riebeck-Montan 85, rheinische Braunkohlen 50, norddeutsche Wolle ebenfalls 50 Prozent. Sonst bewegten sich für Industriewerte die Einbußen meist zwischen 5 und 20 Prozent. Bankaktien und Schiffahrtswerte hatten ebenfalls mäßige Verluste zu verzeichnen. Am Markte der festverzinslichen Werte fanden zeitweise wieder lebhaftere Umsätze auf vorwiegend schwächerem Niveau statt. Besonders Valutapapiere gedrückt. Für ungarische Papiere erhielt sich aber lebhafter Begehr bei weiterem zum Teil scharfen Steigen der Kurse. Ungarische Goldrente zeitweilig 54 Prozent höher bezahlt. Deutsche Anleihen bewahrten ihre feste Haltung und gewannen teilweise im Kurse. 3proz. Reichanleihe 2 Prozent höher. Das Geschäft blieb am Effektenmarkt auch späterhin ohne Bewegung, und die Kurse bröckelten meist weiter ab. Die Devisen unterlagen vormittags vereinzelt erheblichen Schwankungen und wurden während des offiziellen Verkehrs auf dem gemäßigten Niveau wenig umgesetzt.

Industrien.

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation. Die gestern in Mannheim abgehaltene Generalversammlung zeigte eine Vertretung von 3450 Stimmen. Auf Vorschlag der Vereinigung süddeutscher Zuckerfabriken soll das Grundkapital um 60 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von nominal 720 000 Mk. Vorzugs- und nominal 25,2 Mill. Mark Stammaktien wurde genehmigt. Die neuen Aktien werden mit 130 Prozent übernommen und zum einem Kurse von 150 Prozent der Inhabern der alten Aktien im Verhältnis von 2:1 angeboten.

Badische Anilin- und Sodafabrik. Die Generalversammlung der Gesellschaft fand gestern vormittag in der Rheinischen Creditbank zu Mannheim statt. Es waren 176 427 200 Mk. Stammaktien mit 294 044 Stimmen und 30 Millionen Mark Vorzugsaktien mit 500 000 Stimmen, zusammen also 206 427 200 Mk. Aktien mit 794 044 Stimmen vertreten. Zur Verteilung kommt eine Dividende von 30 Prozent. 5 034 029 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Fränkische Türen- und Möbelfabrik A.-G., Hardheim (Baden). Die in Mosbach (Baden) unter dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates Rechtsanwalt Dr. Eder (Mannheim) abgehaltene außerordentliche Generalversammlung beschloß, das 1½ Mill. Mark betragende Aktienkapital um 3 Mill. Mark auf 4,5 Mill. Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien sind für das laufende Geschäftsjahr mit den alten Aktien dividendenberechtigt. Die Kapitalerhöhung wird durchgeführt von dem Bankhaus Schwab, Noelle & Co. Essen, das die sämtlichen Aktien übernommen hat und den bisherigen Aktionären ein Bezugsrecht in der Weise anbieten wird, daß auf eine alte Aktie eine neue Aktie zu 135 Prozent entfällt. Das Bezugsrecht dürfte in ganzem Umfange ausgeübt werden. In den Aufsichtsrat der Gesellschaft wurden neu gewählt Bankier Eduard Noelle, Essen, und Herr Dr. H. Hammeke, Frankfurt a. M. Die Beschäftigung und die Aussichten des Unternehmens, das mit dem Baugewerbe eng verknüpft ist, sind sehr günstig, zumal ein ziemlich erheblicher Holzbestand aus früheren festen Abschlüssen sehr billig zu Buche steht. Die Fabrik wird überhaupt infolge ihrer günstigen Lage im Holzproduktionsgebiet stets vorteilhaft ihren Holzbedarf eindecken können. Die vorgenommene Kapitalerhöhung dient dazu, um mit Rücksicht auf die großen Auftragbestände das Werk zu erweitern und hierdurch die Lieferungsverpflichtungen prompt erfüllen zu können.

Greifwerke vorm. Peter Kohl, Mannheim-Neckarau. In der in Frankfurt a. M. abgehaltenen Aufsichtsratssitzung wurden die Zahlen der Zwischenbilanz für den 30. März vorgelegt. Das bisherige Ergebnis kann auf Grund einer sehr vorsichtig aufgenommenen Inventur, sowie Einstellung der laufenden Unkosten und Abschreibungen als recht erfreulich bezeichnet werden. Das Werk ist auf lange Zeit voll beschäftigt. Die in der Ausführung begriffenen Erweiterungsbauten werden voraussichtlich gegen Anfang Juli dem Betrieb übergeben werden können, wodurch die Produktionsfähigkeit eine weitere bedeutende Steigerung erfahren wird.

Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning in Höchst. Nach dem vom Vorstand in der G.-V. erstatteten Bericht ergab das abgelaufene Jahr einen Ueberschuß von 239 458 742.48 Mark (111 217 051.74) Mark und nach Abzug von 20 960 576.82 (19 163 616 Mark für Amortisation, 14 344 431.83 (3 050 004.42) Mark für Staats- und Kommunalsteuern, 31 809 850 (27 203 645,53) Mark Beiträge für Versicherungskassen und Beamten- und Arbeiter-Wohlfahrtszwecke einen Reingewinn von 175 796 441.01 (64 541 646,81) Mark einschließlich des Saldovortrages aus 1920 im Betrage von 3 452 557.18 (2 741 861.02) Mark. Auf Vorschlag des Aufsichtsrats wurde beschlossen, 30 (20) Prozent Gewinnanteil auf die Stammaktien und 3½ Prozent Gewinnanteil auf die Vorzugsaktien zu verteilen, 4 160 000 Mark Gewinnanteil an den Aufsichtsrat zu vergüten, 7 000 000 Mark der ordentlichen Reserve zu überweisen, 35 000 000 Mark für einen Pensions-Ergänzungs- und Unterstützungsfonds für Angestellte und Arbeiter zu verwenden und 3 586 441.01 (3 452 557.18) Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Der aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedene Herr Otto Hauck wurde wiedergewählt.

Verschiedenes.

Zusammenschluß im Edelmetall-Großhandel. Zur Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im In- und Auslande hat sich dieser Tage mit dem Sitz in Berlin ein Verein der am deutschen Edelmetall-Großhandel beteiligten Firmen konstituiert. Es ist beabsichtigt, in dem neuen Verein nicht nur die Großhandelsfirmen der Branche einschl. der Banken, die sich mit dem Edelmetall-Großhandel befassen, sondern auch die Hütten und Scheideanstalten zusammenzuschließen.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Erhöhung der Postgebühren.

t. **Berlin,** 24. Mai. Der Reichsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren. Formelle Gesetzentwürfe sind nach dem letzten Reichstagsbeschluß nicht mehr notwendig, sondern nur die Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstages. U. a. wird das Briefporto im Ortsverkehr auf eine Mark ermäßigt. Dagegen wird im Fernverkehr das Briefporto auf 3 Mark erhöht. Die Postkarte kostet künftig im Fernverkehr 1,50 Mark; im Ortsverkehr bleibt der Satz von 0,75 Mark bestehen. Die Zeitungsgebühren sollten nach dem vorliegenden Regierungsvorschlag für eine Zeitungsnummer vom Durchschnittsgewicht bis zu 20 Gr. von 4 auf 6½ Pfennig erhöht werden und in vier weiteren Abstufungen von 30, 40, 60 und 90 Gr. auf 8, 10, 13 und 16 Pfennig. Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Presse wurde dieser Tarif nicht mit herangezogen. Er beginnt nunmehr mit 5 Pfennigen. Der Reichsrat beschloß, daß die erhöhten Gebühren am 1. Juli in Kraft treten sollen.

Bunte Chronik

1200 Morgen Wald in Brand. In dem Staatsforst nordöstlich des Dorfes Burwall bei Zehdenick an der Havel (Kreis Templin) entstand am 17. Mai vormittags um ½10 Uhr ein Waldbrand, der nach den Angaben von Forstbeamten durch das leichtsinnige Verschulden eines Fuhrmannes, der Holz abfahren wollte und beim Zigarettenrauchen ein Streichholz achtlos fortwarf, entstanden ist und einen noch gar nicht abzuschätzenden, in die Millionen gehenden Schaden verursacht hat. Das schnell auflebende Feuer ließ dem Fuhrmann kaum Zeit, die Pferde auszuspannen. Mit dem Wagen verbrannten 1200 Morgen Wald, darunter auch große Schonungsbestände. Zur Bekämpfung des ungeheuren Waldbrandes waren die gesamten umliegenden Ortschaften alarmiert. Trotz angestrengtester Tätigkeit der zahlreichen Löschmannschaften und Feuerwehren war dem Feuer nicht anders zu begegnen, als durch das letzte, verzweifelte Mittel der Anlegung eines Gegenfeuers.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Mittwoch, den 24. Mai 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	762,7	24	—	still	heiter	1
Danzig	763,4	24	SW	leicht	heiter	0
Berlin	763,7	23	OSO	leicht	halbbd.	0
Frankfurt	—	—	—	—	—	—
München	—	—	—	—	—	—
Kopenhag.	762,8	17	SSO	schwach	halbbd.	0
Stockholm	762,4	17	W	leicht	wolkig	0
Haparanda	758,6	11	SW	mäßig	wolkls.	0
Skudenes	759,6	9	S	leicht	Nebel	7
Valentia	762,0	9	W	leicht	wolkig	1
Paris	761,9	23	ONO	leicht	wolkls.	0
Toulouse	—	—	—	—	—	—
Zürich	765,6	17	N	leicht	wolkls.	0
Wien	664,6	20	N	leicht	wolkls.	0

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7½

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	17	31	17	NO	leicht	wolkls	0
Königstuhl Seehöhe 563 m							
762,1	24	28	21	—	still	wolkls	0
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
764,6	20	34	16	—	still	wolkls	0
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
762,8	20	32	13	O	leicht	wolkls	0
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	21	30	17	—	still	wolkls	0
Villingen Seehöhe 712 m							
765,2	15	29	11	SW	leicht	wolkls	0
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
656,8	18	24	13	S	leicht	wolkls	0,5

Allgemeine Witterungsübersicht.

Die Herrschaft des hohen Druckes über Zentraleuropa dauert bei weiterer Steigerung der sommerlichen Hitze an; in der Rheinebene wurden gestern 30 bis 33 Grad erreicht. Zu Gewitterbildungen ist es nur ganz vereinzelt, wie im oberen Gutachtal, gekommen. Infolge der Ausbildung kleiner Luftdruckstörungen über Mittel- und Westeuropa wird die Wetterlage der Gewitterbildung langsam günstiger, die Hitze wird aber im allgemeinen noch andauern und vielfach noch etwas zunehmen.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 25. Mai: Fortdauer der heißen, meist heiteren Witterung, strichweise Gewitter, besonders im Gebirge, schwache Luftbewegung.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	24. Mai		23. Mai.
Schusterinsel	2,90 m		2,90 m
Kehl	3,73 m		3,72 m
Maxau	5,68 m		5,67 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5,69 m
„	— m	abends 6 Uhr	5,70 m
Mannheim	4,85 m		4,85 m

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	23. Mai	24. Mai
Badische Bank	530.—	525.—
Darmstädter Bank	297.—	297.—
Deutsche Bank	603.—	585.—
Diskonto Commandit	433.—	432.—
Dresdener Bank	318.—	317.—
Mitteld. Creditbank	262.—	260.—
Oesterr. Länderbank	179.50	—.—
Pfälzische Bank	44.—	50.—
Rheinische Creditbank	255.—	255.—
Südd. Diskonto-Ges.	329.—	329.—
Wiener Bankverein	67.50	63.50
Württbg. Notenbank	540.—	548.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	1000.
Gelsenkirchen	1035.	995.—
Harpener	1855.	1820.
Laurahütte	1980.	1800.
Aschaff. Zellstoff	845.—	800.—
Grün & Bilfinger	—.—	551.—
Zementw. Heidelberg	750.—	735.—
Bad. Anilin	762.—	748.—
Scheideanstalt	970.—	966.—
Höchster Farben	690.50	641. ex
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	436.—	430.—
Gebr. Junghans	490.—	462.—
Adler & Oppenheimer	—.—	—.—
B. Masch. Badenia	575.—	565.—
Maschfabr. Durlach	835.—	—.—
Maschfabr. Gritzner	1650.	1610.
Haid & Neu	725.—	720.—
Maschfabr. Karlsruhe	795.—	777.—
Oberursel	—.—	620.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	480.—	479.—
Elsässer Baumwolle	1098.	—.—
Spinnerei Ettlingen	—.—	—.—
Uhrenfabr. Furtwang.	940.—	—.—
Waggon-Fabrik Fuchs	605.—	600.—
Zellstoff Waldhof	830.—	820.—
Zuckerfabr. Waghäusel	888.—	873.—
Zuckerfabr. Frankenth.	876.—	871.—
Benz Motoren	500.—	480.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	845.—	845.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	23. Mai	24. Mai
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	99.90	100.—
5% III „ „	100.—	99.90
4½ IV—V „	88.20	88.10
4½ VI—IX „	73.60	83.40
4½ 1924er „	96.10	96.—
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	95.—	95.10
3½% „ „	83.25	82.25
3% „ „	115.—	115.50
Deutsche Prämienanl.	85.25	85.—
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1922	100.—	100.10
4% Preußische Konsols	84.75	85.—
3½% „ „	67.50	68.25
3% „ „	73.75	73.75
4% Bad. Staatsanl. 08/14	79.—	77.50
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	457.—	445.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	—.—	862.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1560.	1580.
Deutsch-Australien	528.—	512.—
Hamburger Paketfahrt	408.—	395.—
Hambg.-Südamerika	810.—	750.—
Hansa D.-Schiffahrt	368.—	345.—
Norddeutscher Lloyd	318.75	305.25
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	525.—	518.—
Darmstädter Bank	299.—	298.50
Deutsche Bank	591.—	588.
Diskonto-Commandit	434.—	432.—
Dresdener Bank	324.50	322.—
Nationalbank	302.—	300.—
Oesterr. Credit	89⅝	86⅛
Reichsbank	209.—	205.—

Industrie-Papiere	23. Mai	24. Mai
Accumulatoren	—.—	965.—
Adlerwerke	512.—	500.—
Alexanderwerke	421.—	410.—
A. E. G.	675.—	655.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1820.	1780.
Augsburg-Nürnberg	—.—	1100.
Badische Anilin	764.—	751.—
Bergmann Elektrizität	671.—	665.—
Berl. Anh. Maschinen	617.50	600.—
Berliner Maschinen	1180.	1045.
Bing Nürnberg	525.—	515.—
Bismarckhütte	2005.	—.—
Bochumer Guß	1165.	1040.
Gebrüder Böhler	—.—	—.—
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	822.—	775.—
Chem. Grießheim	788.—	765.—
Chem. Albert	1930.	1675.
Daimler Motoren	429.75	421.—
Dessauer Gas	562.—	546.—
Deutsch-Luxemburg	995.—	951.—
D. Eisenbahn S. W.	794.—	790.—
Deutsch Erdöl	1995.	1990.
Deutsches Kali	1775.	1785.
Deutsche Waffen	1420.	1393.
Deutsch Eisenh.	581.—	551.—
Dynamit Trust	672.—	640.—
Elberfelder Farben	678.—	661.—
Eschweil. Bergwerke	899.—	860.—
Feldmühle Papier	740.—	724.—
Felten & Guilleaume	840.—	795.—
Filter Brautechnik	1934.	1845.
Gaggenau	801.—	780.—
Gasmotoren Deutz	701.—	—.—
Gelsenkirchen	1055.	999.—
Genschow	605.—	599.—
Goldschmidt	800.—	786.—
Gritzner Maschinen	1628.	1628.
Hannover Maschinen	2910.	2700.
Hannover Waggon	630.—	585.—
Harpener	1835.	1810.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	669.75	643.—
Höchster Farben	681.—	640.—
Hösch Eisen	1230.	1105.

	23. Mai	24. Ma
Hohenlohe	805.—	755.—
Kali Aschersleben	1010.	980.—
Maschfabr. Karlsruhe	781.—	777.—
Ver. Köln.-Rottweil	829.—	750.—
Kostheimer Cellulose	850.—	900.—
Kyffhäuser	440.—	400.—
Lahmeyer Co.	415.—	401.—
Laurahütte	1950.	1890.
Lindes Eismaschinen	1120.	1090.5
Ludwig Löwe	1010.	1000.
Lothringer Zement	810.—	780.—
Mannesmann	1225.	1195.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	835.—	800.—
Oberschl. Eisenindustr.	635.—	620.25
Oberschl. Kokswerke	1350.	1350.
Orenstein & Koppel	1071.	1025.
Phönix Bergwerke	1140.	1110.
Rheinisch Metall	440.—	435.—
Rheinisch Stahl	1099.	1050.
Rombacher Hütte	580.—	560.—
Rütgerswerke	860.—	825.—
Sachsenwerke	525.—	515.—
Schuckert & Co.	645.—	620.—
Siemens & Halske	950.—	925.—
Sinner Brauerei	648.—	620.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1440.	1390.
Stollberger Zink	1175.x	1120.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	748.—	710.—
Vereinigt. D. Nikel	1160.	1100.
Vereinigt. Glanzstoff	2510.	2470.
Vereinigt. Stahl Zypen	3880.	3790.
Wanderer Fahrrad	1605.	1499.
Westeregeln Alkali	1740.	—.—
Zellstoff Waldhof	829.—	814.50
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2100.	2037.
Pomona	14400	14200.
Kollmar & Jourdan	1070.	1050.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 24. Mai.

	23. Mai Geld	23. Mai Brief	24. Mai Geld	24. Mai Brief
Antwerpen-Brüssel	2539.90	2545.10	2447.50	2452.50
Holland	11875.6	11899.4	11401.—	11424.—
London	1354.60	1357.40	1302.10	1304.90
Paris	2737.20	2742.80	2649.80	2655.20
Schweiz	5781.70	5793.30	5594.40	5605.60
Spanien	4842.60	4852.40	4657.80	4667.20
Italien	1546.40	1549.60	1506.—	1509.—
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	6468.50	6481.50	6243.70	6266.30
Norwegen	5457.—	5468.—	5324.60	5335.40
Schweden	7842.10	7857.90	7565.40	7582.60
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	302.10	302.90	292.70	293.30
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	3.18	3.22	2.93	2.97
Budapest	35.21	35.29	34.96	35.04
Prag	565.40	566.60	558.40	559.60

w. Berlin, 24. Mai.

	23. Mai Geld	23. Mai Brief	24. Mai Geld	24. Mai Brief
Rotterd.-Amsterd.	11760.25	11789.75	11385.75	11414.25
Brüssel	2516.85	2523.15	2441.90	2448.10
Christiania	5458.15	5471.85	5333.30	5346.70
Kopenhagen	6441.90	6458.10	6277.10	6292.90
Stockholm	7830.20	7849.80	7565.50	7584.50
Helsingfors	637.20	637.80	603.20	604.80
Italien	1548.05	1551.95	1503.10	1506.90
London	1345.80	1349.20	1302.35	1305.65
Newyork	301.12	301.88	292.63	293.37
Paris	2726.55	2735.45	2651.65	2658.35
Schweiz	5762.75	5777.25	5602.95	5617.05
Spanien	4789.—	4801.—	4669.15	4680.85
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	3.15½	3.19½	2.98	3.02
Prag	575.25	576.75	555.30	556.70
Budapest	35.35	35.45	34.55	34.61
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	224.20	224.80	215.70	216.30
Buenos-Aires	109.85	110.15	106.35	106.60
Japan	142.25	143.25	138.75	139.75
Rio de Janeiro	41.44	41.56	40.47	40.56

Abenddevisen.

Frankfurt, 24. Mai.

Brüssel	2400	Paris	2630
Holland	11200	Italien	1490
London	1302	Neuyork	293
Schweiz	5500		

Tendenz: schwächer.

w. Zürich, 24. Mai.

	23. Mai	24. Mai
Holland	203.80	204.—
Deutschland	1.69½	1.77
Wien	0.05½	0.05¼
Prag	9.92½	9.95
Paris	47.20	47.32½
London	23.33	23.34
Italien	26.75	26.92½
Brüssel	43.65	43.95
Budapest	0.60	0.68½
Newyork	524.25	524.25
Agram	1.85	1.84½
Warschau	0.12½	0.12¾
Kopenhagen	112.—	112.—
Stockholm	136.—	135.25
Christiania	94.75	95.—
Madrid	83.80	83.75
Buenos-Aires	189.—	189.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	(a) vorbörsl.	(b) nachbörsl.
Holland	112¾—117	113—114
Schweiz	5525—5725	5550—5625
Paris	2650—2725	2650—2680
Belgien	2450—2500	2450—2475
London	1295—1340	1305—1312
Neuyork	290—301	292—296
Italien	1480—1550	1490—1525
	Tendenz schwankend.	Tendenz: ruhig.